Frankelbauer

Unfallverhütungs- vorschriften

der

Schleswig-Holsteinischen
landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

Gültig vom 1. Juli 1925.

Verordnungen der Landespolizeibehörden und andere
behördliche Vorschriften gelten unverändert neben diesen
Unfallverhütungsvorschriften.

6

Der Leiter
der Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft
Reichsunfallversicherung
Kiel, Klopslockstraße 17 · Postcheckkonto Hamburg 41497 · Fernsprecher Nr. 2955

Nr. III/5
(Bei jeder Antwort oder Eingabe
vorstehende Nr. angeben!)

Kiel, im September 1937

An alle Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe

Ein Neudruck der Unfallverhütungsvorschriften der Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird Ihnen hiermit überreicht.

In Wort und Schrift habe ich in den letzten Jahren auf die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen. Verstöße gegen die Vorschriften kann ich daher in Zukunft auf keinen Fall mehr dulden.

Ich fordere alle Betriebsunternehmer auf, mich in meinem Kampfe um die Erhaltung der so dringend notwendigen Arbeitskraft aller in der Landwirtschaft Tätigen ernstlich zu unterstützen.

Mit allem Nachdruck weise ich auch darauf hin, daß der Betriebsunternehmer seiner Berufsgenossenschaft — und damit seinem Berufskollegen — für alle Ausgaben haftet, die auf Unfälle zurückzuführen sind, bei denen die Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften die Ursache war.

Die Höhe der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird durch die Zahl und Schwere der vorkommenden Unfälle bestimmt. Unfälle verhüten heißt also, Beiträge sparen.

J. V.:
gez. Dr. Meisterernst

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Die gesetzlichen Bestimmungen über Unfallverhütung in der Landwirtschaft	5
Erster Teil	
Landwirtschaftliche Maschinen	
I. Allgemeine Bestimmungen	6
II. Besondere Bestimmungen	
A. Triebwerke und Kraftmaschinen	
1. Göpel	8
2. Motoren	8
B. Arbeitsmaschinen	
1. Dreschmaschinen	9
2. Strohbinden	11
3. Strohpressen	11
4. Futter- und Streuschneidemaschinen	12
5. Schrot-, Quetschmühlen und Stückenbrecher	13
6. Futterdämpfer	13
7. Maschinen zur Verkleinerung von Hackfrüchten	13
8. Milchzentrifugen (Separatoren)	14
9. Kreis- und Bandsägen	14
10. Aufzüge	14
11. Schleifsteine	15
III. Ausführungsbestimmungen	15
Zweiter Teil	
Sonstige Unfallverhütungsvorschriften für landwirtschaftliche Hauptbetriebe	
1. Allgemeine Bestimmungen	17
2. Geräte (Sensen), Sprengmittel und künstliche Düngemittel	18
3. Viehhaltung	19
4. Fuhrwerkshaltung	20
5. Bauhaltung (Leitern, Treppen, Böden, Luken usw.)	23
6. Verwendung elektrischen Stromes	27

Dritter Teil

Seite

Unfallverhütungsvorschriften für Forstwirtschaft und alle Arten von Baumpflanzungen

1. Allgemeines	29
2. Holzfällen einschließlich Baumroden und Aufarbeiten	30
3. Auf- und Abladen sowie Befördern von Holz	32

Vierter Teil

Unfallverhütungsvorschriften für Land- und forstwirtschaftliche Teil- und Nebenbetriebe

A. Allgemeine Vorschriften für alle versicherten Nebenbetriebe	33
B. Besondere Vorschriften für Brennerei-, Brauerei-, Mälzerei-, Lagerei-, Molkerei-, Krautpresserei- und Stärkebereitungsbetriebe	34
C. Besondere Vorschriften für Ziegeleien, Gräbereien über Tage, Torfgräbereien, Steinbrüche, Kalkbrennereien, Kalklöfen	35
D. Besondere Vorschriften für Mahl- und Ölmühlen	36
E. Besondere Vorschriften für Sägemühlen und Sägewerke	36

Anhang

A. Rat schläge über die Aufbewahrung und Verwendung giftiger und gefährlicher Weizmittel, Lösungen und Düngemittel	38
B. Belehrungen über das Verfahren bei Not schlachtungen	40
C. Verhalten bei Augenverletzungen und Distelstichen	40
D. Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen im elektrischen Betriebe	40

Erster Nachtrag

Vorschriften für die erste Hilfe

A. Verpflichtungen der Betriebsunternehmer für die erste Hilfe bei Unfällen	44
B. Verpflichtungen der Versicherten für ihr Verhalten bei Unfällen	45
C. Strafvorschriften	45

Zweiter Nachtrag

Bestimmungen über die Schutzalter für jugendliche Personen	47
--	----

Die gesetzlichen Bestimmungen über Unfallverhütung in der Landwirtschaft.

Nach den Bestimmungen der §§ 848 und 1030 der Reichsversicherungsordnung sind die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften verpflichtet, Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen, und zwar Vorschriften über

1. die Einrichtungen und Anordnungen, welche die Mitglieder zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffen haben,
2. das Verhalten, das die Versicherten zur Verhütung von Unfällen in den Betrieben zu beobachten haben.

In diesen Vorschriften ist zu bestimmen, wie sie den Versicherten bekanntzumachen sind.

Den Mitgliedern der Berufsgenossenschaft ist eine angemessene Frist zu setzen, um die zur Verhütung von Unfällen vorgeschriebenen Einrichtungen zu treffen (§ 850 der Reichsversicherungsordnung).

Nach § 874 der Reichsversicherungsordnung haben die Berufsgenossenschaften die Pflicht, für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen. Der § 875 bestimmt hierüber:

Die Genossenschaften sind berechtigt und auf Verlangen des Reichsversicherungsamts verpflichtet, Technische Aufsichtsbeamte in der erforderlichen Zahl anzustellen, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe Kenntnis zu nehmen, soweit dies für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in die Gefahrklasse von Bedeutung ist. Als solche Beamte können auch Personen angestellt werden, die früher den versicherten Betrieben als Arbeiter angehört haben.

Die Betriebsunternehmer sind nach § 878 a. a. O. verpflichtet, den Technischen Aufsichtsbeamten ihrer Genossenschaft und weiter nach § 1032 a. a. O. verpflichtet, den von ihrer Genossenschaft beauftragten Mitgliedern der Genossenschaftsorgane während der Betriebszeit den Zutritt zu ihren Betriebsstätten zu gestatten.

Die durch die Überwachung der Betriebe entstehenden Kosten gehören zu den Verwaltungskosten der Genossenschaft.

Erwachsen der Genossenschaft durch Pflichtversäumnis eines Unternehmers harte Auslagen für die Überwachung seines Betriebes, so kann nach § 887 der Reichsversicherungsordnung der Vorstand der Genossenschaft dem Unternehmer diese Kosten auferlegen und außerdem gegen ihn eine Geldstrafe verhängen.

Landwirtschaftliche Maschinen.

I. Allgemeine Bestimmungen.

1. An jeder Maschine und maschinellen Einrichtung, gleichviel ob Kraft- oder Arbeitsmaschine, ob Transmission oder Vorgelege, sind alle im Gestell nicht eingeschlossenen, sich drehenden oder bewegten Teile, insofern sie nicht höher als 1,80 m über dem Fußboden liegen, dergestalt zu verkleiden oder abzusperren, daß ihre Berührung mit dem Körper oder den Kleidern der an den Maschinen und maschinellen Einrichtungen beschäftigten oder in der Nähe verkehrenden Personen verhindert wird. Ausgenommen sind
 - a) diejenigen sich drehenden und bewegten Teile, welche zum Zwecke der Aufnahme des Arbeitsmaterials oder der Abführung des Arbeitsproduktes frei bleiben müssen,
 - b) solche sich drehende und bewegte Teile an Maschinen, die im Fahren arbeiten, wenn ihre Verkleidung aus konstruktiven Gründen und wegen der Arbeitsweise nicht möglich ist,
 - c) glatte runde Wellenköpfe an Maschinen für Handbetrieb, welche nicht mehr als 5 cm vorstehen,
 - d) glatte, von Hand betriebene Schwungräder und Wellen, sowie alle Riemen an Maschinen für Handbetrieb,
 - e) bewegte Federn, Zugstangen und Hebel für Schüttler, Böden und Siebe, sowie die freilaufenden Riementeile, die unmittelbar an Gestellwänden gelegen und durch ihre Lage genügend geschützt sind.

Vorstehende Bestimmungen gelten auch für die sich drehenden und bewegten Maschinenteile und maschinellen Einrichtungen, die höher als 1,80 m, aber an Verkehrsstellen und Arbeitsstätten gelegen sind. Gruben für Schwungräder, Riemenscheiben und Vorgelege sind mit einer Fußleiste von mindestens 6 cm Höhe zu umgeben, wenn nicht bereits eine gleichhohe Schwelle vorhanden ist. Alle freilaufenden Zahnräder müssen durch Schutzvorrichtungen vollständig verkleidet sein. Maschinen und maschinelle Einrichtungen müssen betriebs sicher hergestellt und in diesem Zustande erhalten werden. Sie sind der Benutzung zu entziehen, wenn sich Mängel bemerkbar machen und eine Gefahr für Leben und Gesundheit der an ihnen beschäftigten oder in der Nähe verkehrenden Personen bedeuten und auf andere Weise nicht beseitigt werden können.
2. Alle Arbeitsmaschinen für Kraftbetrieb müssen unmittelbar in demselben Raume, in welchem sie arbeiten, an- und abgestellt werden können.

Diese Vorschrift entfällt, wenn die Person, welche die Kraftmaschine anlaufen läßt, die Arbeitsmaschine übersehen kann, oder wenn die Außerbetriebsetzung der Kraftmaschine durch Zuruf oder Signal jederzeit tatsächlich gesichert ist.

3. Zum Verschieben von Riemen muß eine sicher wirkende Vorrichtung (Riemenausrücker) vorhanden sein. Das Auflegen oder Abwerfen von Riemen, Seilen oder Ketten darf ohne besondere Vorrichtung nur vorgenommen werden, wenn die Riemen, Seile oder Ketten zur Ruhe gekommen sind. Das Harzen oder Richten darf nur bei langsamem Gang am ablaufenden Riemen in der Nähe der Riemenscheibe geschehen.
4. Das Ölen und Schmieren von Maschinen und maschinellen Einrichtungen muß vor ihrer Inbetriebsetzung geschehen. Entstehen Störungen während des Ganges, ist eine Reinigung einzelner Teile nötig, haben sich Schutzvorrichtungen verschoben oder gelockert, müssen Keile oder Schrauben an bewegten Teilen oder in deren unmittelbaren Nähe angezogen werden, so ist die Maschine oder maschinelle Einrichtung stillzustellen. Bei Maschinen, die im Fahren arbeiten, ist außerdem das Getriebe auszuruhen. Eine Stillstellung ist beim Ölen und Schmieren nicht erforderlich, wenn es vermöge der vorhandenen besonderen Einrichtungen auch während des Ganges gefahrlos und ohne Abnahme von Schutzvorrichtungen geschehen kann.
5. Sämtliche Maschinen und maschinellen Einrichtungen dürfen nur unter Benutzung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen in Betrieb genommen werden. Alle Schutzvorrichtungen müssen dauerhaft hergestellt und so befestigt sein, daß sie sich nicht lösen, nicht herabfallen und nicht selbst Veranlassung zu Unfällen bieten können. Auch außer Betrieb müssen betriebsfähige Maschinen und maschinelle Einrichtungen stets mit den Schutzvorrichtungen versehen sein. Ist eine Maschine oder maschinelle Einrichtung nur vorübergehend auseinandergenommen, so müssen die Schutzvorrichtungen in brauchbarem Zustande vorhanden sein. Maschinen und maschinelle Einrichtungen, welche dauernd außer Verwendung kommen, sind zu zerlegen oder aus dem Betriebe zu entfernen. An unzugänglichen Stellen können die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen wegfallen.
6. Die vorstehenden allgemeinen Bestimmungen gelten für alle landwirtschaftlichen Maschinen und maschinellen Einrichtungen, soweit nicht unter den folgenden Bestimmungen Ausnahmen oder Abweichungen vorgesehen sind. Sollten in landwirtschaftlichen Hauptbetrieben die im vierten Teil unter A 7 bis 11 erwähnten Maschinen Verwendung finden, so sind auch die dort aufgestellten Vorschriften zu beachten.

II. Besondere Bestimmungen.

A. Triebwerke und Kraftmaschinen.

1. Göpel.

7. Sämtliches Getriebe eines Göpels muß sicher überdeckt sein. Bei Göpeln, bei welchen der Treiber über dem Mittelgetriebe seinen Platz hat, muß sich die Überdachung mitdrehen und das Mittelgetriebe um 50 cm überragen. Die Überdachung muß widerstandsfähig und so befestigt sein, daß sie nicht kippen kann.

Bei Sicherheitsgöpel, das sind Glockengöpel mit innerer Verzahnung, ist eine weitere Überdachung nicht notwendig, jedoch müssen alle Öffnungen mit feststehenden Deckeln verschlossen sein.

Treiberstühle müssen fest angebracht sein.

8. Werden beim Göpel und bei der Arbeitsmaschine verschiedene Personen beschäftigt, so dürfen die Zugtiere am Göpel erst angehängt werden, nachdem die Person, welche die Arbeitsmaschine bedient oder mehrere hierbei beschäftigte Arbeiter beaufsichtigt, durch Zuruf oder vereinbartes Signal dem Göpeltreiber das Zeichen zum Antreiben gegeben hat.

Bei Störungen im Gange des Göpels oder der Arbeitsmaschine, zum Schmieren und Ölen des Göpels oder sonstiger damit verbundener Maschinenteile, zum Befestigen nicht richtig sitzender Schutzvorrichtungen und beim Nachsehen des Getriebes, sowie bei allen sonstigen Pausen müssen die Zugtiere abgehängt werden.

Die von fest eingebauten Göpeln ausgehenden Kraftwellen müssen in der Gehbahn unter dem Boden verlegt sein.

2. Motoren.

9. Alle Kraftmaschinen müssen in ihren freiliegenden Teilen, sofern diese nicht auch in der Bewegung mehr als 1,80 m über dem Fußboden bleiben, verwahrt oder abgesperrt sein.

Zwischen einer fahrbaren Kraftmaschine und der Arbeitsmaschine muß der Raum, welchen der Hauptriemen durchläuft, beiderseits so durch Seile, Ketten oder Stangen abgesperrt werden, daß Personen mit diesem Riemen nicht in Berührung kommen können.

An fahrbaren Lokomobilen ist die Abdeckung des Schwungrads, der Antriebsriemenscheibe, des Regulators, der Scheibe (Erzenter), welche die Speisepumpe treibt, und des Kreuzkopfes nicht notwendig, auch wenn diese Teile sich in einer Höhe bis 1,80 m über der Erde bewegen.

Dagegen muß der Wellenkopf an der Erzenterseite durch eine sich nicht mitdrehende Kapsel abgedeckt werden, auch wenn er sich mehr als 1,80 m über dem Boden befindet.

10. Verbrennungskraftmaschinen von mehr als 2 PS, die in ihrer Drehrichtung von Hand angeworfen (angedreht) werden, müssen eine Andrehvorrichtung haben, die sich beim Anlaufen des Motors

selbsttätig ansetzt und gegen Rückschlag gesichert ist, oder mit einer anderen, den gleichen Schutz gewährenden Vorrichtung versehen sein.

11. Werden bei der Kraftmaschine und bei der Arbeitsmaschine verschiedene Personen beschäftigt, so darf die Kraftmaschine erst in Betrieb gesetzt werden, nachdem die Person, welche die Arbeitsmaschine bedient oder mehrere hierbei beschäftigte Arbeiter beaufsichtigt, durch Zuruf oder vereinbartes Signal das Zeichen hierzu gegeben hat.

12. Alle Kraftmaschinen dürfen nur von einer mit ihrer Einrichtung und Handhabung vertrauten, zuverlässigen, nächsten Person bedient werden. Ist ein besonderer Wärter vorgeesehen, was bei Dampfmaschinen und Dreschmäshen der Fall sein muß, so darf sich der Wärter während des Betriebes nur so weit von der Kraftmaschine entfernen, daß er sie im Bedarfsfalle sofort außer Betrieb setzen kann.

B. Arbeitsmaschinen.

1. Dreschmaschinen.

a) Allgemeine Vorschriften für sämtliche Dreschmaschinen mit Ausnahme der Kleesamendreschmaschinen (s. unten Ziffer 22).

13. Dreschmaschinen dürfen nur unter Verwendung eines Einlegetisches und einer über der Drehtrommel angebrachten Schutzhaube in Benutzung genommen werden. Dabei muß die Einrichtung der Dreschmaschine derart sein, daß der Einleger, mag er vor dem Tisch oder seitlich desselben stehen (z. B. durch Tisch oder Haube), gezwungen ist, von den Stiften oder Schlagleisten der Drehtrommel oder von den Einziehwalzen einen Abstand innezuhalten, der bei Klein-Langdreschmaschinen (Spitzdreschmaschinen, bei denen das Getreide mit den Ähren nach vorn in die Einlegetischöffnung geschoben wird), mindestens 1 m und bei anderen Dreschmaschinen mindestens 75 cm betragen muß.

Bei Dreschmaschinen, bei denen der Einleger an der geschlossenen Längsseite der Haube steht und über diese gebeugt einlegt, muß der Abstand zwischen der oberen Kante der Haube und dem äußersten Umfange der Drehtrommel mindestens 60 cm betragen.

14. Es ist verboten, beim Einlegen, insbesondere beim Einlegen von nicht in Garben gebundenem Dreschgut, Wirrgetreide, zusammengereichten oder gefehrten Halmen und dergleichen, mit der Hand oder dem Fuße nachzuhefen. Hierzu ist ein geeigneter Gegenstand, am besten ein schmiegsamer Besen ohne Stiel, zu verwenden. Der Einlegetisch darf während des Ganges der Maschine nicht betreten werden.

b) Besondere Vorschriften für Kleindreschmaschinen. Unter Kleindreschmaschinen fallen alle Lang- und Breitdreschmaschinen, bei denen der Einleger auf dem Fußboden oder einem besonders erhöhten Stand (Trittbrett, Fußbank, Kiste oder dgl.) steht.

15. Zu beiden Seiten der Einlegetischöffnung muß der Einlegetisch mit einem aufrecht stehenden 50 cm langen Auffakbrett versehen sein, welches bei

1 m Tischhöhe mindestens 50 cm hoch sein muß. Ist der Tisch höher als 1 m, so dürfen die Auffahrbretter entsprechend niedriger, niemals jedoch niedriger als 25 cm sein. In Fällen, in denen die Verbreiterung des Tisches nur nach einer Seite oder überhaupt nicht vorgesehen ist, müssen die Auffahrbretter an den nicht verbreiterten Seiten mindestens 60 cm lang sein. Solche Auffahrbretter sind nur dann entbehrlich, wenn die Einlegeöffnung durch eine andere, den gleichen Schutz gewährende Einrichtung (z. B. eine entsprechend weit vorspringende Haube) gesichert ist.

Der Einlegerstand muß mindestens 85 cm unter dem Einlegetisch liegen.

16. Die Dreschtrommel und etwa vorhandene Einziewalzen sind von oben durch die Schutzhaube und an den Seiten durch Verkleidungen so zu verdecken, daß nur eine Öffnung zum Einlegen freibleibt, die nicht mehr als 40 cm hoch ist.

Die Schutzhaube und die seitlichen Verkleidungen müssen mindestens 10 cm vorstehen, und zwar bei der Langdreschmaschine über die Stifte oder Schlagleisten und bei Breiddreschmaschinen über die Einlegeöffnung. Die Auffahrbretter müssen bis zur Schutzhaube heranreichen.

Befinden sich am Trommelgehäuse seitliche Öffnungen, so sind diese durch abnehmbare Deckel zu verschließen.

c) Besondere Vorschriften für Großdreschmaschinen. Unter Großdreschmaschinen fallen alle Dreschmaschinen, bei denen der Einleger seinen Stand auf der Dreschbühne oder in einer Vertiefung derselben hat.

17. An Großdreschmaschinen muß die Einlegeöffnung durch eine kräftige Schutzhaube überdeckt sein, die nur an einer Längsseite eine Öffnung von nicht mehr als 40 cm Höhe freigibt und an der offenen Seite die Einlegeöffnung um mindestens 10 cm überragt.

Die beiden Schmalseiten an der Einlegeöffnung müssen mit nach außen nicht umlegbaren, mindestens 30 cm hohen Verkleidungen versehen sein, die ebenso wie die Schutzhaube über die Einlegeöffnung um mindestens 10 cm vorstehen. In diesen Verkleidungen sind unten Öffnungen von höchstens 10 cm Höhe zum Einkehren der Körner zulässig.

Zum Schutze der auf der Dreschbühne verkehrenden Personen muß der Einlegetisch mindestens 20 cm hoch über der Dreschbühne liegen; sein von der Schutzhaube nicht überdeckter Teil muß waagrecht sein.

Der Einlegerstand muß mindestens 50 cm unter der Oberkante des Einlegetisches liegen.

Steht der Einleger auf der Dreschbühne selbst, so muß die in der Dreschbühne über der Trommel befindliche Öffnung mit einer mindestens 50 cm hohen Umwehrung versehen sein, auf der die Schutzhaube befestigt ist. Der vor der Einlegeöffnung anzubringende Einlegetisch (Ziff. 13) muß waagrecht sein. Die Umwehrung muß

mit der Dreschbühne fest verbunden sein und darf lediglich zum Zwecke des Transportes der Maschine ungeklappt werden.

18. Ist der Einlegetisch beweglich und derart angeordnet, daß bei seinem Niederdrücken die Einlegeöffnung selbsttätig und zuverlässig geschlossen wird (z. B. die bayrische Sicherheitseinlegevorrichtung), so ist Schräglage des Einlegetisches zulässig.

Bei Selbsteinlegern sind Schutzhaube und Einlegetisch nicht erforderlich. Selbsteinleger müssen jedoch mit einer vom Einlegerstande aus leicht erreichbaren oder selbsttätig wirkenden Ausschaltvorrichtung versehen und so beschaffen sein, daß das Hineingeraten einer Person in die Dreschtrommel mit Sicherheit verhindert wird.

19. Das Besteigen der Dreschbühne darf nur mittels Leitern geschehen, die oben sicher eingehakt werden können. Die Leiter oder mindestens ein Leiterholm muß den oberen Stützpunkt der Leiter um mindestens 75 cm überragen.
20. Jede Dreschbühne muß mit einer mindestens 30 cm hohen, ringsum laufenden Einfriedigung versehen sein. An der Seite, von der aus das Dreschgut auf die Bühne gebracht wird, kann die Einfriedigung abgenommen werden.
21. Bei Sachhebern, die Querverstrebungen haben, ist die Rückseite der Laufflächen bis zur Hubhöhe der Sachbühne zu verkleiden.

d) Kleesamendreschmaschinen (Kleereiber).

22. Kleesamendreschmaschinen (Kleereiber), bei denen das Dreschgut von einem Einschütt-Trichter aus mittels Schneideneinzuges zu der Trommel geführt wird, müssen im Einschütt-Trichter über dem Schneidengang mit einem weitmaschigen Draht- und Holzrost versehen sein.

2. Strohbinden.

23. Strohbinden an Dreschmaschinen müssen derart geschützt sein, daß die Nadel- und Knotenvorrichtungen sowie die Auswerfarme unter einem Mantel von Drahtgeflecht liegen, der sie beim Betriebe von oben und an den Seiten bedeckt, jedoch die Beobachtung gestattet. Mit diesem Mantel muß eine Ausrückvorrichtung so verbunden sein, daß der Strohbinde nur bei geschlossenem Mantel arbeiten kann. Gegen ungewolltes Herunterfallen des Mantels muß eine Sicherung (Sperrfeder, Sperrklinke) angebracht sein.

3. Strohpressen.

24. Geschieht das Einlegen nicht durch eine selbsttätige Vorrichtung, sondern durch Arbeiter, so muß zwischen den Arbeitern und der Einlegeöffnung ein festes Gelände angebracht sein. Die Einwurfsöffnung muß so überdeckt sein, daß Menschen nicht hineinfallen können. Bei Krummstrohpressen (Ballenpressen), die an Dreschmaschinen angeschlossen sind, genügt eine Einrichtung, die verhindert, daß jemand von der Dreschmaschine auf die Strohpresse fallen kann.

Alle umlaufenden Teile an Strohpressen, sowie die Hebelarme am Arbeiterfuß und die Gleitbahnen des Preßwagens sind durch Schutzgitter zu verdecken.

An den Strohpressen mit Handbindung sind um die Durchgangsöffnungen der Nadel runde Schutzhüllen anzubringen, die so hoch sein müssen, daß die Nadelspitzen nicht über den oberen Hüllenrand hervortreten können. Die Öffnung nach vorn soll nicht größer sein, als das Durchziehen des Bindegarns erfordert. Außerdem muß zwischen dem Arbeiterstand und der Einlegeöffnung ein festes Geländer angebracht sein.

An den Strohpressen mit Selbstbindung sind unter dem Preßkasten dicht seitlich der Nadeln Schutzhülle anzubringen, welche die Nadeln bis zum tiefsten Stande vollständig bedecken, so daß niemand die Hand oder den Arm durchstecken kann. Bei allen Arbeiten am Knüpfapparat, insbesondere auch beim Einziehen des Fadens, ist der Bindeapparat außer Betrieb zu setzen.

4. Futter- und Streuschneidemaschinen.

25. Wird das Schneidgut durch Einziehwalzen zugeführt, so muß sich über der Einlegerinne eine Überdeckung von Holz oder Metall befinden, die sich über der Einlegerinne noch auf mindestens 50 cm, waagrecht von Mitte der oberen Einziehwalze an gerechnet, fortsetzt.

Diese Überdeckung muß von der oberen Kante der Einlegerinne schräg bis zu einer Höhe von mindestens 15 und höchstens 20 cm aufsteigen.

26. Bei Futerschneidemaschinen, die nicht ausschließlich von Hand betrieben werden, ist eine Ausschaltvorrichtung für die Einziehwalzen erforderlich. Diese muß als bewegliche Überdeckung der Einlegerinne ausgeführt sein, so daß sie durch Heben oder Drücken leicht in Tätigkeit gesetzt werden kann und dadurch ausschaltend wirkt.

Bei Futerschneidemaschinen ist es verboten, die Schwungräder als Riemenscheiben zu benutzen.

a) Futerschneidemaschinen mit Messerschwungrad.

27. Das Messerschwungrad muß, sobald die Maschine einen Vorbau (Bock) besitzt, in seinem oberen Teil nach vorn und rückwärts durch eine Abdeckung von Holz oder Blech geschützt sein.

28. Bei Futerschneidemaschinen ohne Vorbau (Bock) muß das Messerschwungrad nach der Einlegerinne zu durch eine Schutzwand aus Holz oder Blech vollständig verdeckt sein.

b) Futerschneidemaschinen mit Messertrommel.

29. Trommelfuterschneidemaschinen müssen über dem oberen Teil der Messertrommel eine Schutzhülle aus Gußeisen, Blech oder Holz haben.

30. Die Schwungräder einer Trommelfuterschneidemaschine, die durch eine Kraftmaschine angetrieben wird, müssen mit einer Verkleidung ver-

sehen sein, die sich nicht mitdreht, oder sie müssen als beiderseits glatte Vollscheiben ausgebildet sein.

31. Trommelfuterschneidemaschinen dürfen nicht durch Umkippen und Fahren auf den Schwungrädern fortbewegt werden.

c) Häckselnaden.

32. Häckselnaden, auch Häckselbänke, Strohstühle oder Schneidestühle genannt, müssen, sofern nicht zum Vorschieben des Schneidegutes eine an der Einlegerinne zu befestigende Gabel oder ähnliche Vorrichtung benutzt wird, hinter dem Messer mit einer Überdeckung der Einlegerinne versehen sein, die mindestens 30 cm (bei kleinen sogenannten Grünladen 20 cm) lang ist und von vorn nach rückwärts aufsteigt.

5. Schrot-, Quetschmühlen und Ölsaugenbrecher.

33. In Walz- oder Mahlwerke, Pressen, Schnecken, Malzquetschen, Futersaugenbrecher und dgl. darf nicht mit den Händen hineingegriffen werden. Soll z. B. Mahlgut nachgeschoben oder sollen störende Gegenstände entfernt werden, so sind dazu besondere Geräte (Haken, Walzenzangen) oder in deren Ermangelung passende Holzstücke zu verwenden, die so dick und lang sind, daß die Hand nicht von den Walzen und dgl. mitgefaßt wird; diese Geräte oder Holzstücke müssen an der Maschine angehängt sein.

6. Futterdämpfer.

34. Futterdämpfer bis zu $\frac{1}{2}$ Atmosphäre Druck müssen mit einem bis in die Flüssigkeit reichenden unverschließbaren Standrohr von nicht mehr als 5 m Höhe und 8 cm Weite oder einer anderen für Dampfkessel bzw. Dampfgefäße zugelassenen Sicherheitsvorrichtung versehen sein. Futterdämpfer von mehr als $\frac{1}{2}$ Atmosphäre Druck unterliegen der Genehmigung und Revision nach Maßgabe der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Landdampfkesseln vom 17. Dezember 1908, RGBl. Nr. 2 S. 3. Der zuständige Dampfkesselüberwachungsverein ist bei der Ortspolizeibehörde zu erfragen.

7. Maschinen zur Zerkleinerung von Saatkürrüben.

35. Bei diesen Maschinen müssen die außen liegenden Teile der Messerscheibe oder Messertrommel vollständig verkleidet sein. Reißwölfe (zur Zerkleinerung von Rübenköpfen) sind über den Messern oder Reißzähnen mit einem 75 cm hohen Einfüllkasten zu versehen. Der obere Rand des Einfüllkastens muß von einer glatten, horizontal angebrachten, nach allen Seiten hin wenigstens 40 cm breiten Umräumung eingefast sein.

Das Nachstopfen und Lockern des Schneideguts darf nicht mit der Hand, sondern nur mit einem an der Maschine hängenden geeigneten Holzstück (Stößel) geschehen.

36. Der Auslauf für die abfallenden Schnitzel muß so weit nach unten reichen, daß ein unabsichtliches Hineingeraten in die Messer oder Zerreibhaken verhütet wird.

8. Milchzentrifugen (Separatoren).

37. Bei Milchzentrifugen mit Handbetrieb muß die Kurbel von selbst stehen bleiben, sobald mit der Drehung aufgehört wird (Freilaufeinrichtung).

9. Kreis- und Bandsägen.

38. Jede Kreis- und Bandsäge muß mit einer Schutzvorrichtung versehen sein, welche den über den Tisch vorstehenden Teil des Sägeblattes abdeckt und sich beim Sägen nach der Dicke des zu schneidenden Holzes selbsttätig einstellt oder hiernach eingestellt werden kann. Nach dem Gebrauche der Säge ist die Schutzvorrichtung stets bis auf den Tisch herabzulassen oder das Sägeblatt durch die Vorrichtung zu verdecken. Der untere Teil des Sägeblattes ist an beiden Seiten zu verkleiden.
39. An Kreis- und Bandsägen für Längsschnitt ist hinter dem Sägeblatt ein nachstellbarer Spaltkeil anzubringen, der immer so eingestellt werden muß, daß seine Schneide von den Sägezähnen höchstens 1 cm entfernt ist und seine Spitze nicht tiefer als 2 cm unter dem höchsten Punkt des Sägeblattes liegt. Die Stärke des Spaltkeils muß gleich dem Schrägenmaß der Zähne des Sägeblattes sein. Bei Verwendung mehrerer Sägeblätter muß der Spaltkeil waagrecht und senkrecht verstellbar eingerichtet sein.
40. Kreis- und Bandsägen zum Schneiden von Rundholz, Brennholz und dgl. dürfen nur unter Benutzung einer Zuführungseinrichtung (Schlitten, Wagen, Schwingender Bock) verwendet werden, bei welcher das Schneidegut festliegt oder durch eine mechanische Vorrichtung festgehalten wird. Der Schlitten oder Wagen (Rolltisch) muß gegen Ausheben aus den Laufflächen gesichert sein.
41. An Kreis- und Bandsägen mit schwingendem Bock (Wippe) muß das ganze Sägeblatt geschützt werden, mit Ausnahme desjenigen Teils, der zum Schneiden freibleiben muß. Auf der Rückseite der Wippe selbst ist ein Handgriff anzubringen, der nach vorn genügend geschützt ist. Die Holzaufgabe in der Wippe muß mit Holz oder Blech glatt ausgeschlagen sein.
42. Bei ortsfesten und fahrbaren Bandsägen (Brennholzsägen) ist der zum Schneiden nicht benutzte Teil des Sägeblattes zu verkleiden. Das gleiche gilt für die obere und untere Bandsägenscheibe. Bandsägen sind, soweit möglich, mit einer Bremsvorrichtung zu versehen. Dem Lenker einer fahrbaren Brennholzsäge ist die Mitbeförderung von Personen untersagt.

10. Aufzüge.

43. Alle Aufzugswinden sind mit einer sicher wirkenden Sperr- und Bremsvorrichtung zu versehen. Die Kurbeln müssen lösbar oder die Kurbelwellen ausrückbar sein. Aufzüge mit senkrecht stehender hölzerner Seiltrommel (sogenanntem Gangspinn, Dreh- oder Tummelbäumen) sind unzulässig. Türen und Wandlufen, an denen Steilaufzüge vorbeiführen, sind derart zu schützen, daß die Türen nicht aus den Angeln gehoben werden können.

11. Schleifsteine.

44. Schleifsteine, die mit Kraftmaschinen betrieben werden, dürfen nur mit Druckscheiben oder Seitenrosetten und nicht mit Keilen auf der Welle befestigt werden. Zwischen Druckscheiben und Stein sind federnde Zwischenlagen einzulegen.

III. Ausführungsbestimmungen.

45. Allgemein untersagt wird hierdurch den landwirtschaftlichen Betriebsunternehmern die Beschäftigung geisteskranker, schwachsinziger, fallstüchtiger, betrunkenen oder offenkundig trunksüchtiger, tauber und blinder Personen an landwirtschaftlichen Maschinen.
46. Die Versicherten haben die Schutzvorrichtungen zu benutzen und dürfen sie während des Ganges der Maschine nicht entfernen. Der Mißbrauch, die eigenmächtige Entfernung, absichtliche Beschädigung, Nichtbenutzung der vorhandenen Schutzvorrichtungen ist strafbar. (§§ 1030, 851, 870 der RVO.)
Zur Beschäftigung an landwirtschaftlichen Maschinen dürfen Kinder unter 16 Jahren nicht verwendet werden.
47. Diese Unfallverhütungsvorschriften sollen das Mindestmaß der Anforderungen begrenzen, welche zum Schutze der an landwirtschaftlichen Maschinen beschäftigten Personen zu stellen sind. Darin liegt, daß weitergehende Schutzvorrichtungen, als sie hier vorgeschrieben werden, stets zulässig und anerkanntenswert sind. Um die Betriebsunternehmer über die praktische Ausführung der geforderten Schutzvorrichtungen aufzuklären, sind in einem besonderen Heft Abbildungen von landwirtschaftlichen Maschinen, bei denen die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen angebracht sind, zusammengestellt. Dieses Heft liegt bei den Bürgermeistern zur Einsicht aus, es kann auch von dem Genossenschaftsvorstand gegen Erstattung der Druck- und Verlagskosten bezogen werden. Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet, bei Anschaffung von Maschinen und Betriebseinrichtungen von dem Lieferanten zu verlangen, daß die in den vorstehenden Vorschriften geforderten Schutzvorrichtungen mitgeliefert werden. Von den Lieferanten, Fabrikanten und Händlern wird erwartet, daß sie die Maschinen nur mit den in den Vorschriften verlangten Schutzvorrichtungen verkaufen.
48. Diese Unfallverhütungsvorschriften treten an Stelle der bisherigen am 1. Juli 1925 in Kraft. Bis zum 1. Januar 1926 müssen die von früher her in den Betrieben vorhandenen Maschinen mit denjenigen Schutzvorrichtungen versehen werden, die vorstehend verlangt sind. Werden bei Betriebsbeschäftigungen bis zum 1. Oktober 1925 landwirtschaftliche Maschinen und Betriebe als nicht genügend geschützt beanstandet, so hat die Abstellung der Mängel schon nach den neuen Unfallverhütungsvorschriften zu erfolgen.

49. Die Unfallverhütungsvorschriften sind in dem Amtsblatt der Regierung zu Schleswig zu veröffentlichen, an alle Stadt- und Landgemeinden sowie Gutsbezirke zur ortsüblichen Bekanntmachung zu übersenden und in einem Druckstück einem jeden landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer auszuhändigen. Jeder Betriebsunternehmer, der nicht in den Besitz eines Abdruckes gelangt ist, ist verpflichtet, sich vom Sektionsvorstand einen solchen zu erbitten, der ihm zum ersten Male kostenlos, zum wiederholten Male aber nur gegen Erstattung der Selbstkosten verabsfolgt wird.

Jeder landwirtschaftliche Betriebsunternehmer ist verpflichtet, die von ihm beschäftigten Arbeiter mit dem Inhalt der Unfallverhütungsvorschriften bekanntzumachen. Als Bekanntmachung gilt das Befestigen eines Druckstücks dieser Vorschriften an einer hellen, leicht zugänglichen Stelle in jedem Betriebe.

Wenn in einem Betriebe (selbständigen Betriebsteile) Arbeiter beschäftigt werden, die des Deutschen nicht mächtig sind, so sind ihnen, sofern mindestens 25 gemeinsam eine andere Muttersprache sprechen, die ihre Tätigkeit betreffenden Unfallverhütungsvorschriften in dieser Sprache entweder schriftlich oder durch mündliche Unterweisung bekanntzugeben. Die mündliche Belehrung ist zu wiederholen, so oft es der Arbeiterwechsel erfordert. Es ist jedesmal schriftlich festzulegen, wann und durch wen die Belehrung erfolgt ist.

50. Gehören der Berufsgenossenschaft Betriebe an, die ihrer Art nach einer anderen Berufsgenossenschaft zuzuteilen wären (§§ 540, 542, 631, 652, 922, 959 der Reichsversicherungsordnung), so gelten dafür die zur Zeit erlassenen Unfallverhütungsvorschriften derjenigen Berufsgenossenschaft, welcher die Betriebe ihrer Art nach als Hauptbetriebe angehören würden, jedoch nur insoweit, als nicht bereits von der Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für diese Betriebe besondere Vorschriften erlassen sind.

51. Die Betriebsunternehmer sind nach §§ 1045, 913 der Reichsversicherungsordnung berechtigt, die ihnen durch die Unfallverhütungsvorschriften auferlegten Pflichten auf Betriebsleiter und, soweit es sich nicht um Einrichtungen auf Grund von Unfallverhütungsvorschriften handelt, auch auf Aufsichtspersonen oder andere Angestellte ihres Betriebes zu übertragen. Diejenigen Unternehmer, die von diesem Recht Gebrauch machen wollen, haben eine schriftliche Anzeige an den Genossenschaftsvorstand einzureichen, die auch von der Person, auf welche die Pflichten des Unternehmers übertragen werden sollen, mit unterschrieben ist. Wechselt die Person des Unternehmers oder desjenigen, dem die Pflichten des Unternehmers übertragen sind, so ist eine neue Anzeige erforderlich, welche wiederum von dem Unternehmer und von demjenigen zu unterschreiben ist, dem die Pflichten des Unternehmers übertragen worden sind.

Über die Anzeige ist dem Unternehmer eine schriftliche Empfangsbestätigung zu erteilen. Die Anzeige ist dem Sektionsvorstand alsbald mitzuteilen.

52. Genossenschaftsmitglieder und nach §§ 1045, 913 der Reichsversicherungsordnung mit ihrer Stellvertretung betraute Personen können, wenn sie den Unfallverhütungsvorschriften zuwiderhandeln, durch den Genossenschaftsvorstand mit Geldstrafen bis zu dem im § 851 der Reichsversicherungsordnung und in anderen jeweils maßgebenden Vorschriften vorgesehenen Höchstbeträge belegt werden (§§ 1030, 1045, 851, 870, 913 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung).

Neben den Stellvertretern ist der Unternehmer strafbar, wenn die Zuwiderhandlung mit seinem Wissen geschehen ist, oder er bei der Auswahl oder Beaufsichtigung der Stellvertreter nicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat (§§ 1045, 913 Abs. 2 a. a. O.). Ist die Geldstrafe von dem Stellvertreter nicht bezutreiben, so haftet der Unternehmer für sie (§§ 1045, 913 Abs. 3 a. a. O.).

Versicherte Personen, die den Unfallverhütungsvorschriften zuwiderhandeln, können durch das Versicherungsamt mit Geldstrafen bis zu dem im § 851 der Reichsversicherungsordnung und in anderen jeweils maßgebenden Vorschriften vorgesehenen Höchstbeträge belegt werden (§§ 1030, 851, 870 a. a. O.).

Zweiter Teil.

Sonstige Unfallverhütungsvorschriften für landwirtschaftliche Hauptbetriebe.

1. Allgemeine Bestimmungen.

1. Die nachfolgenden Unfallverhütungsvorschriften sollen das Mindestmaß der Anforderung begrenzen, die zum Schutze der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen zu stellen sind.
2. Die in einem Sonderheft dargestellten Abbildungen sollen nur als Beispiele gelten, um die Betriebsunternehmer über die praktische Ausführung der geforderten Schutzvorrichtungen aufzuklären.
3. Die im Betrieb beschäftigten Personen dürfen andere Versicherte weder an der Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften hindern, noch sie zur Nichtbeachtung veranlassen.
4. Sie müssen nüchtern zur Arbeit kommen und dürfen während der Arbeit Branntwein nicht zu sich nehmen.
5. Sie müssen Mängel an Schutzvorrichtungen, Baulichkeiten, Maschinen und Gebrauchsgegenständen dem Betriebsunternehmer oder dessen Vertreter sofort anzeigen.
6. Die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen müssen dauernd an ihrem Bestimmungsort angebracht sein. Müssen

sie zwecks Instandsetzung abgenommen werden, so sind geeignete einstweilige Maßnahmen zu treffen, um eine Gefährdung von Menschen zu verhindern.

2. Geräte, Sprengmittel und künstliche Düngemittel.

7. Alle Geräte und Werkzeuge müssen vor der Benutzung auf ihre Beschaffenheit hin geprüft und dürfen nur in gebrauchsfähigem Zustande verwendet werden. Sie sind so aufzubewahren, daß sich niemand daran verletzen kann.
8. Beim Tragen von Sensen von und nach der Arbeitsstätte muß die Klinge der ganzen Länge nach mit einer die Schneide vollständig bedeckenden und über die Spitze hinausragenden Verkleidung versehen oder durch Umwickeln geschützt werden.
9. Stechende und schneidende Geräte, wie Sensen, Gabeln aller Art, Beile, Hacken usw., sind bei Beförderung auf Wagen und bei Nichtbenutzung an der Gebrauchsstätte so festzustechen oder zu verwahren, daß Verletzungen verhindert werden.
10. Abgeschlagene Sensenklingen in Viehställen oder anderen Wirtschaftsgebäuden unbeweglich zu befestigen, um an den Klingen Stroh zu schneiden, ist untersagt.
11. Sensenwehsteine müssen mit einem Handschutzteller versehen sein.
12. Winden müssen Sperrvorrichtungen besitzen, die selbsttätig wirksam werden, so daß ein Zurückschlagen der Andrehkurbel oder ein unbeabsichtigtes Niedergehen der Last vermieden wird. Unter schwebenden Lasten dürfen Menschen sich nicht aufhalten. Türen an Wandlufen, über denen sich eine Einrichtung zum Aufziehen von schwebenden Lasten befindet, müssen derart geschützt sein, daß die Türen nicht von der schwebenden Last aus den Angeln gehoben werden können.
13. Personen, die mit dem Zerschlagen von Steinen beschäftigt sind, müssen Schutzbrillen oder Schutzmasken und an der den Stein haltenden Hand Schutzhänder tragen.
14. Sprengarbeiten dürfen nur von zuverlässigen und im Sprengen erfahrenen Personen, die im Besitze eines Sprengstofflaubnissscheines sind, ausgeführt werden. Dabei sind alle behördlichen Vorschriften über den Verkehr mit Sprengstoffen zu beachten. Zu Sprengarbeiten dürfen nur Sprengpatronen verwendet werden. Verboten ist die Anwendung reinen Sprengöls, losen Pulvers (vergl. Ausnahme dritter Teil, Ziffer 17, Absatz 2, Satz 2, Seite 27), von Schießbaumwolle, sowie von verdorbenen oder gefrorenen Sprengmitteln. Den Arbeitern darf nicht mehr als der Tagesbedarf an Sprengmitteln ausgehändigt werden. Die nicht verwendeten Sprengmittel sind spätestens bei Beendigung der Arbeitsschicht an die Ausgabestelle abzuliefern. Die Sprengpatronen dürfen erst unmittelbar vor ihrer Verwendung mit Zündhütchen oder Zündschnur versehen werden. Die Zündkapsel

(Zündhütchen) ist mit einer besonderen Zange auf die Zündschnur aufzuklemmen. Zum Befestigen dürfen nur hölzerne Ladestöcke verwendet werden. Die Zündung muß so vorbereitet werden, daß die Arbeiter sich vorher genügend weit entfernen oder in einen geschützten Raum begeben können.

Verfagt ein Schuß, so darf die Deckung frühestens 30 Minuten nach dem Anzünden verlassen werden. Der Verlager ist dadurch unschädlich zu machen, daß neben ihm ein neues Bohrloch niedergebracht und abgetan wird. Die nicht explodierte Sprengladung darf nicht ausgebohrt, sondern sie muß durch Wasser explosionsunfähig gemacht (ersäuft) werden. Die Umgebung ist alsdann sorgfältig nach etwa nicht explodierten Patronen des Verlagers abzusuchen. Gefundene Patronen, Sprengkapseln sind alsbald an den Schießmeister und von diesem an die Ausgabestelle abzuliefern.

Die Umarbeitung von Sprengpatronen und das Auftauen gefrorener Sprengmittel darf nur unter Leitung des Betriebsunternehmers oder des Aufsichters an einer abseits der Betriebsstätte gelegenen Stelle erfolgen. Das Auftauen auf dem Ofen, Zerbrechen, Behandeln mit harten Gegenständen ist verboten. Es dürfen zum Auftauen nur trockene Behälter verwendet werden, die von außen durch lauwarmes Wasser erwärmt werden.

Das Rauchen ist in der Nähe von Sprengmitteln verboten.

Für die Lagerung von Sprengmitteln sind die hierfür geltenden behördlichen Vorschriften zu beachten.

15. Personen mit offenen Wunden an den Händen dürfen weder das Streuen von künstlichen Düngemitteln noch Arbeiten mit ätzenden oder giftigen Flüssigkeiten vornehmen. (Vergleiche auch die Ratschläge unter A im Anhang.)

3. Viehhaltung.

16. Es ist verboten, Tiere mut- oder böswillig zu stoßen, zu necken und zu schlagen.
17. Bössartige Tiere sind vom freien Weidegange auszuschließen.
18. Tiere, die als bissig bekannt sind, müssen außerhalb des Stalles mit Maulkörben versehen werden.
19. Bevor der Stand eines Pferdes, Maultieres und Maulesels betreten wird, ist es anzurufen. Pferde, welche als Schläger bekannt sind, müssen in besonderen, durch feste Wände abgetrennten Ständen untergebracht werden.
20. Pferde, Maultiere und Maulesel dürfen zur Tränke oder zur Schwemme nicht von Personen unter 12 Jahren geführt werden.
21. In Schwemmen, die so tief sind, daß die Pferde, Maultiere und Maulesel schwimmen müssen, dürfen diese nicht geritten, sondern sie müssen an der Leine ins Wasser geführt werden.
22. Menschen dürfen in den Pferdeständen oder unter den Krippen nicht schlafen, wenn der Stand mit einem Pferde besetzt ist.

23. Beim Decken sind den Stuten Spannseile anzulegen.
24. Bullen (Farren), die über 1 Jahr alt sind, müssen im Stalle an starken Halsketten oder Halsriemen mit doppelter Anhängavorrichtung angebunden sein.
25. Bullen (Farren), die über 1 Jahr alt sind, müssen mit Nasenring versehen werden, an dem sie außerhalb des Stalles mit Leitstange, Kette oder Leine zu führen sind. Statt des Nasenringes sogenannte Nasenklammern oder Nasenzangen zu verwenden, ist untersagt. Bösaartigen Bullen (Farren) ist außerdem, wenn sie zur Tränke oder zur Weide geführt werden, eine Blende anzulegen. Solche bösaartigen Bullen dürfen weder frei weiden, noch zum Zug verwendet werden.
26. Sprungstände müssen so eingerichtet sein, daß die Kuh zwischen zwei starken Schranken steht und von außen gehalten wird. Befindet sich der Sprungstand in einem Gebäude, so muß außer dem gewöhnlichen Eingang noch mindestens ein Notausgang vorhanden sein, durch den sich die beim Deckgeschäft anwesenden Personen retten können, wenn der Bulle (Farren) wild wird.
- 26a. Sind Tiere mit Krankheiten behaftet oder solcher verdächtig, die auf Menschen übertragbar sind, so sind die mit ihrer Wartung beauftragten Personen anzuhalten, sich sofort nach beendigter Arbeit mit einer antiseptischen (säulnisverhütenden) Lösung zu waschen, für die der Betriebsunternehmer zu sorgen hat. Personen, welche Wunden oder offene Stellen an den Händen haben, dürfen bei geburtshilflichen inneren Eingriffen an Haustieren, ingleichen bei Schlachtungen, sowie beim Abhäuten und Zerlegen toter Tiere nicht mit Hand anlegen.

4. Fuhrwerkshaltung.

27. Die Leitung eines landwirtschaftlichen Fuhrwerks darf blinden, tauben, geisteskranken, schwachsinnigen, fallsüchtigen und betrunkenen Personen nicht anvertraut werden. Kinder unter 14 Jahren dürfen dazu nur auf dem Felde verwendet werden, wenn es sich um das langsame Weiterücken des Fuhrwerks von einer Stelle zur anderen zum Zwecke des Auf- und Abladens handelt.
28. Fuhrwerke aller Art müssen auf öffentlichen Wegen während der Dunkelheit so beleuchtet sein, daß sie von weitem erkennbar sind.
29. Geschirr und Fuhrwerke, Ketten, Bindeseile, Bindebäume (Wiesebäume), Bremsvorrichtungen usw. müssen stets in gutem Zustande gehalten werden. Beschädigte Teile müssen tunlichst sogleich nach Entdeckung des Schadens wiederhergestellt oder ersetzt werden.
30. Auf jedem Fuhrwerk, dessen Bauart und jeweilige Benutzung das zuläßt, ist ein gesicherter Führersitz anzubringen.

31. Es ist verboten, sich während der Fahrt auf die Deichsel oder auf den Langbaum oder auf die Waage, die Schere oder den Karrenbaum (Brake, Barke, Reitscheid) zu setzen oder zu stellen. Ferner ist es untersagt, auf der seitlichen Wagenleiter, der Karrenwand oder dem hinteren Wagen- und Karrenabslußbrett oder auf dem Fauchefuß oder auf einem an der Seite hervorstehenden Siebbrett (sogenannten Faulsenz) zu sitzen.
32. Das Aufsteigen und Absteigen vom Fuhrwerk während der Fahrt ist verboten; nur in einem Notfalle darf das fahrende Fuhrwerk von dem hinteren Teil, also hinter den Rädern, verlassen werden.
33. Wird ein Fuhrwerk oder eine Maschine vom Fahrzeug aus geleitet, so muß eine Führungsleine derart mit den Zugtieren verbunden sein, daß der Lenker in der nötigen Weise auf die Tiere einwirken kann.
- 33a. Bei bespannten Mähmaschinen ist es verboten, sich vor die Messer zu stellen. Die Beseitigung von Störungen, das Schmieren der Maschinen und alle sonstigen etwa erforderlichen Berichtigungen sind von der Seite aus vorzunehmen. Das Getriebe der Mähmaschine ist bei solchen Berichtigungen sowie auch beim An- und Abspannen der Zugtiere und während der Arbeitspausen stets auszurücken. Das Einrücken darf erst dann geschehen, wenn der Lenker auf dem Sitz seinen Platz eingenommen und die Zügel in die Hand genommen hat, um mit dem Mähen zu beginnen.
34. Der Fuhrwerksleiter darf, wenn er sich während der Fahrt auf dem Fuhrwerk befindet, die Zügel oder die Leine nicht aus der Hand lassen. Er darf sie aber auch nicht um den Arm oder um andere Körperteile wickeln. Das ist auch dem Lenker einer im Fahren arbeitenden landwirtschaftlichen Maschine und dem Führer eines Zugtieres verboten. Geht der Leiter eines landwirtschaftlichen Fuhrwerks neben dem Gespann oder neben oder hinter einer im Fahren arbeitenden landwirtschaftlichen Maschine her, so darf er den Zügel oder die Leine am Fuhrwerk oder an der Maschine derart anbringen, daß er den Zügel oder die Leine jederzeit leicht und schnell erfassen kann. Das gleiche gilt beim Pflügen, Eggen und Walzen. Wenn sich Menschen auf dem Fuhrwerk befinden, so muß der Fuhrwerksleiter, auch wenn er nebenher geht, den Zügel oder die Leine stets in der Hand behalten. Das Sitzen oder Stehen auf landwirtschaftlichen Maschinen oder Ackergeräten, die im Fahren arbeiten, ist nur gestattet, wenn hierfür ein geeigneter fester Führersitz oder Stand angebracht ist. Das Aufsitzen auf Maschinen oder Geräten ohne Deichsel auf den Wegen von und nach der Arbeitsstätte, ist sowohl dem Führer als auch anderen Personen untersagt.
35. Beim Aufladen von Klee, Heu, Getreide usw. auf dem Felde sind die Zugtiere unter steter Aufsicht zu

halten und die auf dem Fuhrwerk befindlichen Personen vor jedesmaligem Fortrücken durch Zuruf vom Fuhrwerksführer zu benachrichtigen.

36. Für den Fall, daß der Führer auf dem Wagen Platz nimmt, sind Ladungen, die nicht aus fest aufliegenden Gegenständen bestehen und über den oberen Wagenrand hinausreichen, mittels Ketten oder Seile derart auf dem Fuhrwerk zu befestigen, daß sie nicht abrutschen, umkippen, rollen oder herabfallen können.
37. Muß während der Fahrt etwas an der Ladung oder am Fuhrwerk oder am Gespann geändert oder in Ordnung gebracht werden, so ist anzuhalten.
38. Entfernt sich der Fuhrwerksleiter während des Anhaltens von dem Fuhrwerk, so muß die Bremse angezogen oder ein Rad mittels Sperrkette festgelegt oder bei jedem Zugtier muß ein Zugstrang abgehängt werden.
39. In Gegenden mit abschüssigen Wegen müssen Fuhrwerke und Maschinen mit Bremsen, die, sobald es das Gefälle erfordert, anzuwenden sind, versehen sein. Das Andrehen der Bremse vom Fuhrwerk aus ist nur dann erlaubt, wenn die Bremsfurbel in Sitzhöhe angebracht ist. Von dem nebenhergehenden Führer des Fuhrwerks darf während der Fahrt nur eine solche Bremse angebracht werden, die in handgreiflicher Nähe angebracht ist.
Zum Anlegen eines Radschuhs muß das Fuhrwerk angehalten werden.
- 39a. Auf Wegen mit Gefälle müssen die einspannigen Feldwalzen vom Geschirrführer so zurückgehalten werden, daß sie nicht den Zugtieren in die Beine laufen.
40. Bei Gleisbahnen ist in den Kurven die Spurweite entsprechend zu vergrößern. Die Schienen sind untereinander und mit den Schwellen fest zu verbinden.
Rippwagen sind durch Feststellvorrichtung, die schon beim Beladen und ebenso während der Fahrt eingestellt sein muß, gegen selbsttätiges Umkippen zu sichern.
Für den mitfahrenden Kutscher muß ein fester Stand oder Sitz mit Bremsvorrichtung am Wagengestell angebracht sein.
Liegt das Gleis im Gefälle, so müssen bei einzeln bewegten Wagen, wenn sie nicht in Seilen oder Ketten laufen, Bremsvorrichtungen angebracht sein. Bei Wagenzügen muß die Zahl der Bremswagen so bemessen sein, daß der Wagenzug an jeder Stelle der Bahn ohne weiteres angehalten werden kann. Die Zahl der Bedienungsmannschaft muß gleich sein der Zahl der nötigen Bremswagen. Auf jedem Bremswagen muß ein festes Trittbrett für den Bremser vorhanden sein. Bremsknüppel dürfen nur bei einem Gefälle benutzt werden, welches nicht mehr als 1 m auf 25 m beträgt.
Das Auf- und Abspringen vom Bahnwagen oder das Überspringen von einem zum anderen Bahnwagen ist während der Fahrt verboten.

Beim Betriebe von Gleisbahnen dürfen Personen unter 16 Jahren nicht verwendet werden. Außer Kutscher und Bremser dürfen keine weiteren Personen mitgenommen werden.

5. Bauhaltung.

41. Die zum Betriebe gehörigen baulichen Anlagen und Einrichtungen, einschließlich der Treppen und Leitern, sowie die vorgeschriebenen Schutzeinrichtungen sind stets in betriebsfähigem Zustand zu erhalten. Ferner müssen Verkehrsstellen, die an Wasserläufen, Teichen, Abhängen und Düngerstätten sich befinden, sowie Brücken und Stege mit festem Geländer von 80—100 cm Höhe versehen sein.
Die Zugänge zu den Wohn- und Wirtschaftsräumen sind bei Eisglätte mit Asche, Sand oder dergleichen zu bestreuen.
42. Drehbare Tore, die 3 m und darüber hoch sind, müssen, falls sie in Pfannen gehen, oben in der Nähe des Torläufers mit Kette gegen das Umstürzen gesichert sein. Laufen sie dagegen in Haken oder Haspen, so sind sie in geeigneter Weise gegen das Ausheben und Umfallen zu sichern.
Schiebetore von derselben Höhe müssen so gesichert werden, daß die Rollen weder aus den Leitschienen springen, noch über deren Ende hinausgeschoben werden können.
Geöffnete drehbare Tore sind gegen das Zuschlagen und Ausheben der Torflügel zu sichern.
43. Alle feststehenden Treppen mit mehr als 4 Stufen, gleichviel ob sie nach beiden oder einer Seite offen oder von beiden Seiten eingeschlossen sind, und gleichviel, ob sie zu Wohn- und Wirtschaftszwecken verwendet werden, müssen auf der einen Seite mit einer Handleiste (Geländer) oder einem Handseil (Handlauf) versehen sein.
44. Die oberen Treppenöffnungen müssen außer auf der Zugangsseite mit einem Geländer von mindestens 80 cm und nicht über 100 cm Höhe umwehrt sein. Ist das Geländer nicht mit Zwischenleisten oder Sprossen versehen, so sind Fußleisten von mindestens 6 cm Höhe anzubringen.
45. Bewegliche Treppen müssen im oberen Teile mittels eiserner Haken und Ösen fest eingehängt sein. Solche Treppen müssen entweder auf der einen Seite mit Handstange versehen sein, oder es muß ein Holm mindestens 75 cm über dem Aussteigort hinausragen.
46. Fest angebrachte Leitern, die den Zugang zu ein- für allemal bestimmten erhöhten Stellen ermöglichen, müssen so befestigt werden, daß sie weder nach hinten abrutschen, noch zur Seite gleiten können.
Dem Ab- und Zurseruterutschen ist dadurch vorzubeugen, daß die Leiter in ihrem oberen Teil mit einer Sprosse in einen festen Pflaß eingehängt oder mit Haken an jedem Holm versehen oder durch Seil (Kette), welches

um eine Sprosse und einen Balken herumzuschlingen ist, befestigt wird. Das Abrutschen nach vorn ist durch eine mindestens 3 cm hohe, auf den Fußboden aufgenagelte Leiste zu verhüten.

Da, wo dies nach den baulichen Verhältnissen möglich ist, soll die Leiter um wenigstens 75 cm den oberen Stützpunkt überragen, damit der Heraus- oder Heruntersteigende sich festhalten kann.

47. Festangebrachte Leitern, die senkrecht in die Höhe führen, müssen soweit von der Wand abstehen, daß die Fußspitzen der Personen, welche sie benutzen, mindestens 10 cm über die Sprosse treten können.

48. Alle Leitern, auch die beweglichen Leitern, die an verschiedenen Stellen verwendet werden, müssen gegen das Auseinandergehen der Holme gesichert und mit durchgehenden Sprossen versehen sein, so daß die beiden Enden jeder Sprosse bis zum äußeren Rande der Holme reichen. Leitern von 6 m Länge und darüber hinaus müssen, nicht nur um das Durchbiegen oder Durchbrechen der Leiter, sondern auch um das Abgleiten an den Ästen zu verhindern, durch 2 bis 4 Gegenstützen gesichert werden.

Aufgenagelte Sprossen sind nur zulässig, wenn sie in die Holme eingekerbt sind.

49. Alle beweglichen Leitern, die nicht an oder in Gebäuden dauernd befestigt sind, müssen gegen Abrutschen gesichert sein, sei es durch hölzerne oder eiserne Haken oder Pflöcke, eiserne Spitzen, Vornageln von Reisten, Anhängen an befestigten Ketten u. dgl.

Alle Doppelleitern müssen Verbindungsketten oder -stangen haben. Leitern, die abwechselnd an verschiedenen Stellen gebraucht werden, müssen eiserne Spitzen haben. Werden sie auf festen, glatten Fußboden gestellt (glatte Zementfläche, glatte Klinkerplatten), so müssen sie noch eine Sicherung gegen Abrutschen, wenn möglich am oberen Ende erhalten.

50. Einsteig-, Reib-, Balken-, Garben-, Lade- und Futterabfall-Löcher müssen auf den drei Seiten, von denen aus das Einsteigen nicht stattfindet, mit einem festen und nicht abnehmbaren Holzgeländer in 1 m Höhe umwehrt sein.

Außerdem muß an allen Seiten eine Fußleiste von mindestens 2 cm Breite und 6 cm Höhe herumgehen. Die Überdeckung mit Falltüren ist überall da untersagt, wo die Öffnungen zum Einsteigen benutzt werden. Werden die Öffnungen nur zum Abwerfen benutzt, so müssen die Falltüren mit einem Geländer von 1 m Höhe auf allen Seiten umgeben sein. Lose liegende Deckel dürfen zur Überdeckung in keinem Falle verwendet werden.

Kleine Öffnungen unter 40 cm im Quadrat oder Durchmesser, die nur zum Herabwerfen dienen, sind mit angehängtem Klappdeckel zu versehen oder mindestens 80 bis 100 cm hoch zu umfriedigen und mit wenigstens 6 cm hohen Fußleisten zu umgeben.

51. Falltüroöffnungen sind auf den freien Seiten mit festen Geländern von 1 m Höhe zu umfriedigen. Offene Falltüren müssen gegen das Zufallen gesichert sein.

Lose liegende Deckel dürfen zur Überdeckung von Falltüren nicht verwendet werden.

Bei Neu- und Umbauten von Wohngebäuden dürfen Falltüren nicht mehr angebracht werden.

52. Erhöht liegende Arbeitsplätze, Gerüste, Bühnen, Podeste, Oberböden, Lagerplätze, Hausvorplätze, Balkenauffahrten, Laufbrücken, Scheunensiege und dgl. müssen, falls die Erhöhung über 125 cm beträgt, mit Geländern in Höhe von 80 bis 125 cm versehen sein. Dasselbe gilt von Maschinenböden, bei denen aber das Geländer während des Zureichens von Getreide, Stroh, Heu usw. von unten an der Zureichseite abgenommen werden darf. Nach Beendigung der Zureicharbeit ist das Geländer sofort wieder anzubringen.

53. Die Balkenfahrten (Hochfahrbahnen in Scheunen) sind in ihrer ganzen Breite (nicht nur in der Spurbreite des Wagens) fest abzudielen und an den offenen Seiten durch starke Geländer von mindestens 80 bis 125 cm Höhe und durch 6 cm hohe Fußleisten zu sichern. Die Abdielung ist auch für alle erhöht liegenden Arbeitsplätze, als Dreschböden usw. erforderlich. Innerhalb der Balkenfahrten dürfen keine Balkenlöcher angebracht werden.

54. Über den Scheunentennen, Durchfahrten und zu Remisen oder Schuppen benutzten Räumen ist ein trittsicherer Balkenbelag herzustellen und so zu befestigen, daß ein Umfallen, Ausklippen und Verschieben nicht möglich ist. Zwischen den Belagstücken darf nicht mehr als 5 cm freier Raum sein.

Dasselbe gilt von allen nicht zu ebener Erde gelegenen Einbauten in Scheunenbanen und anderen Gebäuden, Dachstuhlbelegen und Ladebühnen, die zum Lagern von Geräten und Vorräten oder zum Weiterreichen benutzt werden.

55. Über mannshoch liegende Giebel-, Wand- und Dachlufen von mehr als 1 m Höhe und 30 cm Breite müssen außer mit feststellbaren Türen oder Läden mit einer wenigstens 6 cm hohen Fußleiste versehen sein, wenn nicht ihre Schwelle schon dieselbe Höhe aufweist. Auch sind an beiden Seiten der Lufen Handgriffe anzubringen.

Die Fußleiste kann fehlen, wenn vor der Luke eine wenigstens 1 m nach jeder Seite messende und rechts wie links mit einem Geländer versehene Balkenbrücke angebracht ist, deren Träger dauernd eingefügt sind.

Lufen über 1,50 m Höhe sind mit Brustwehr in 1 m Höhe zu versehen, die nur im Bedarfsfalle abzunehmen ist.

56. Bewegen sich in Gebäuden Aufzüge in Schächten, so müssen die Schächte an der oberen Bedienstelle und auch in den anderen Stockwerksböden, durch die sie hindurchgehen, mit Geländern von 1 m Höhe

eingefriedigt werden. Ist das Gelände abnehmbar, so müssen seitliche Handgriffe angebracht sein.

57. Laufgänge, Laufbrücken, Laufplanken oder Stege, welche höher als 1 m über der Erde oder darunter liegenden Gebäudeteilen hinwegführen, müssen mit wenigstens 6 cm hohen Fugleisten und mit festen Seitengeländern versehen sein. Gehen die Laufplanken aufwärts, so sind außerdem aufgenagelte Trittleisten anzubringen.
58. Arbeiten auf Dächern, die steiler sind, als der vierte Teil eines rechten Winkels, dürfen nur unter Benutzung von Rettungsseilen ausgeführt werden. Die Seile müssen am Gebäude und an einem Gurt um den Körper des Arbeiters befestigt sein. Ausbesserungen auf derartig steilen Dächern dürfen überdies nur von Weitem aus, die auf dem Dache festzulegen sind, vorgenommen werden.
59. Vertiefungen auf dem Gehöft, als Jauch-, Kalk-, Mörtel- und andere Gruben, Erdlöcher, Brunnen, im Freien gelegene Keller, offene Kanäle, Zisternen, versenkte Behälter und dergleichen, müssen entweder fest mit Bohlen oder gut passendem Deckel überdeckt oder durch Mauern, Brettereinfriedigungen, Gitter oder Geländer von 80—100 cm Höhe abgesperrt sein.
Bei Teichen auf dem Gehöft bedarf es des Geländers nur auf den Seiten, wo die Teichränder steil abfallen.
60. In Abort-, Dung- und Jauchegruben von mehr als 150 cm Tiefe dürfen Menschen nicht hineinsteigen, wenn sie dabei nicht ständig (auch während der Arbeit) an einem um die Brust geschlungenen Seile von einer anderen Person gehalten werden. Dies gilt auch von Arbeiten in Brunnen, Senkgruben, Gasleitungen, Rauchkanälen und anderen Räumen, die erfahrungsgemäß Stickgase oder entzündliche Gase enthalten können.
Besteht der Verdacht, daß sich in dergleichen Gruben schädliche Gase angesammelt haben, so ist vor dem Einsteigen langsam ein brennendes offenes Licht herunterzulassen, da ein solches in schlechter Luft erlischt. Geschieht das, so müssen zunächst die giftigen Stoffe dadurch entfernt werden, daß man heißes Wasser eingießt oder ein brennendes Strohband oder einen Eimer mit ungelöschtem Kalk herabläßt, der unmittelbar zuvor mit Wasser übergossen worden ist. Auch nachdem dies vorgenommen ist, darf das Einsteigen nicht vor Ablauf von 2 Stunden stattfinden und erst dann, wenn eine erneute Probe mit brennendem Licht ergeben hat, daß die schlechte Luft beseitigt ist. Aber auch nach der Lichtprobe ist das Anseilen erforderlich, weil beim Vorhandensein von Schwefelwasserstoff das Licht nicht erlischt.
61. Es ist verboten, feuergefährliche Orte oder solche Räume, in denen sich entzündliche Gase entwickeln oder ansammeln können, mit offenem Licht zu betreten, daselbst Licht anzumachen oder zu rauchen.
62. Mauern, die abgebrochen werden sollen, dürfen nicht durch Unterhöhlen zum Einsturz gebracht, sondern müssen von oben her abgetragen

werden. Das Umwerfen ist nur unter Leitung von Bau Sachverständigen gestattet. Ebenso dürfen neue Fundamente neben vorhandenen Gebäuden nur unter Aufsicht von Bau Sachverständigen ausgeführt werden.

63. Bei gefrorener Erdoberfläche ist das Unterhöhlen von Rüben- und Kartoffelmieten (Feimen) verboten.

6. Die Verwendung elektrischen Stroms. *)

64. Der landwirtschaftliche Betriebsunternehmer muß zur Vermeidung mangelhafter und daher unfallgefährlicher elektrischer Einrichtungen von demjenigen, der sie neu ausführt oder instandsetzt, die Einhaltung der Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker verlangen, insbesondere auch für das zu verwendende Material. Auch ist er verpflichtet, die von den Stromliefernden Werken an seinen elektrischen Anlagen verlangten Änderungen oder Verbesserungen, soweit diese erforderlich sind, um den Eintritt von Unfällen zu verhüten, durchzuführen.
65. Jeder landwirtschaftliche Betrieb, in dem elektrischer Strom verwendet wird, muß einen oder mehrere Hauptschalter besitzen, mit denen die Anlage spannungslos gemacht werden kann.
Die Lage der Ausschalter ist den Beschäftigten vor der Arbeit bekanntzugeben. Der Zugang zu den Ausschaltern ist jederzeit freizuhalten, darf also nicht etwa durch Frucht, Stroh, Säcke, Bretter, Gerätschaften usw. verstellt werden.
66. An allen Zugängen zu Räumen, in denen sich Hochspannungsleitungen befinden (das sind Leitungen, deren Spannung gegen Erde 250 Volt überschreitet), müssen äußerlich Warnungstafeln mit Blitzpfeil angebracht werden, welche Unbefugten den Eintritt verbieten. Derartig gekennzeichnete Räume dürfen nur von denen betreten werden, die der Unternehmer oder ein sonstiger Betriebsleiter hiermit ausdrücklich beauftragt hat und die mit den Gefahren der hochgespannten Ströme vollständig vertraut sind.
67. Blanke spannungsführende Teile müssen der zufälligen Berührung entzogen sein. Isolierhüllen von Drähten und Apparaten, ebenso alle Schutzabdeckungen blanker Stellen sind stets in gutem Zustande zu erhalten. Dies gilt besonders für feuchte Räume, wie Ställe, Waschküchen usw.
Die Berührung aller blanken, spannungsführenden Teile der elektrischen Anlagen ist untersagt.
68. In Räumen, welche entzündliche Gase enthalten (z. B. Spirituslager), oder welche mit entzündlichem Staub gefüllt sind (z. B. Mehlstaub), dürfen nur solche Schaltvorrichtungen, Sicherungen und Elektromotoren

*) Es wird empfohlen, die von dem Verbande deutscher Elektrotechniker und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft herausgegebenen Merkblätter für die Behandlung elektrischer Anlagen in der Landwirtschaft zu beachten. Die Merkblätter sind im Verlage von Julius Springer in Berlin W 9, Linienstraße 22, erhältlich.

verwendet werden, deren Bauart eine Entzündung der Gase oder des Staubes durch Funken ausschließt. Auch dürfen in solchen Räumen nur elektrische Glühlampen zur Beleuchtung gebraucht werden.

69. Schmelzsicherungen, deren Bauart eine Gefährdung von Menschen durch absprihende Teile oder durch Lichtbögen nicht ausschließt, müssen mit Schutzeinrichtungen (z. B. Schutzkapseln) versehen sein. Der Ersatz durchgebrannter Sicherungen darf nur von den dazu bestimmten Personen und nur in spannungslosem Zustande vorgenommen werden. Nach der Auswechslung sind die zugehörigen Schutzeinrichtungen wieder anzubringen.
70. Ausbesserungs- und andere Arbeiten an Dächern und Gebäudeteilen, bei denen Freileitungen so nahe vorbeigehen, daß sie unmittelbar oder mit irgend welchen Geräten unabsichtlich berührt werden können, dürfen erst ausgeführt werden, nachdem diese Leitungen spannungslos gemacht oder gegen Berührung gesichert sind. Instandsetzungen, Ausbesserungs-, Revisions- und Reinigungsarbeiten an Teilen der elektrischen Anlage in landwirtschaftlichen Betrieben dürfen erst ausgeführt werden, nachdem die betreffende elektrische Anlage ausgeschaltet ist. Sind Leitungen spannungslos gemacht worden, um Arbeiten gefahrlos ausführen zu können, so ist für die Dauer der Arbeiten an dem betreffenden Ausschalter ein Schild anzubringen mit der Aufschrift: „Nicht einschalten!“
71. Gerüste, Stroh- und Getreidedecken (Schober, Feimen) sowie sonstige Aufbauten dürfen niemals so nahe bei Freileitungen errichtet werden, daß Personen unmittelbar oder mit irgend welchen Geräten unabsichtlich die Leitungen berühren können.
72. Elektromotoren dürfen nur von einer mit ihrer Handhabung vertrauten Person in Betrieb gesetzt werden. An jeder Arbeitsmaschine, die von einem Elektromotor unmittelbar oder mittelbar durch Riemen oder Vorgelege angetrieben wird, muß eine mechanische oder elektrische Abstellvorrichtung vorhanden und vom Bedienungsstande der Arbeitsmaschine aus leicht erreichbar sein. Im übrigen gelten für den Gebrauch von Elektromotoren, sonstigen Maschinen und maschinellen Einrichtungen die im ersten Teil der Unfallverhütungsvorschriften enthaltenen Bestimmungen.
73. Wird (z. B. beim elektrischen Pflügen und Dreschen) Hochspannung verwendet, so müssen die spannungsführenden Teile mit besonders sicheren Isolierumhüllungen versehen sein. Die zum Schutze angebrachten Erdungsvorrichtungen (besonders bei fahrbaren Motoren und Transformatoren) sind stets anzuwenden. In landwirtschaftlichen Betrieben, in denen betriebsmäßig Hochspannung führende Teile zu bedienen sind, — Masttransformatoren, Anschluß von beweglichen Transformatoren oder Anschluß von Hochspannungsmotoren —, darf mit der Wartung dieser Anlagen nur eine dazu besonders ausgebildete Person betraut werden. Die Ausbildung dieses Wärters oder des Ersatz-

mannes hat bei einer Stromliefernden Überlandzentrale (Kraftwerk) zu erfolgen. Die erfolgreiche Ausbildung ist seitens der ausbildenden Stelle durch schriftlichen Ausweis zu bestätigen. Der Ausweis ist auf Verlangen dem mit einer Revision beauftragten technischen Aufsichtsbeamten vorzuzeigen.

74. Kann eine Person, die mit stromführenden Teilen in Berührung gekommen ist, sich von diesen nicht selbst befreien, so ist der Strom durch den zunächst gelegenen Ausschalter zu unterbrechen. Ist letzterer nicht bekannt, so muß die Stromerzeugungsstelle durch Fernsprecher, Drahtung, Kraftwagen, Radfahrer oder Boten schleunigst benachrichtigt werden. Inzwischen dürfen Rettungsversuche wegen ihrer Gefährlichkeit für die Helfer nur von sachverständigen Personen vorgenommen werden.

7. Ausführungsbestimmungen.

75. Auf die vorstehenden Unfallverhütungsvorschriften finden die Vorschriften der Ziffern 45—48 und Ziffern 50—53 des Ersten Teils, betr. landwirtschaftliche Maschinen, entsprechend Anwendung.

Dritter Teil.

Anfallverhütungsvorschriften für Forstwirtschaft und alle Arten von Baumpflanzungen.

1. Allgemeines.

1. Beim Holzfällen und bei den damit zusammenhängenden Arbeiten, wie Entasten, Entrinden, Zerfagen, Zerspalten, Rücken, Schlitten, Auf- und Abladen, sowie Abfahren des Holzes dürfen geistesranke, schwachsinnige, fall süchtige, blinde oder schwachsichtige, taube oder schwerhörige, ferner nachweislich trunksüchtige Personen nicht beschäftigt werden, angetrunkene Arbeiter müssen sofort von der Arbeitsstelle weggewiesen werden.
2. Die zur Holzfällung benutzten Ärte, Beile, Hämmer und Schlägel, Leitern, Zugseile und sonstige Geräte sind vor Beginn der Arbeit von den sie benutzenden Arbeitern auf ihren guten haltbaren Zustand zu prüfen. Die Helme (Stiele) müssen sorgfältig verkeilt sein und dürfen keine schadhafte Stellen haben.
3. Mit scharfen Werkzeugen ist vorsichtig umzugehen. Sie sind beim Befördern von und nach der Arbeitsstätte mit Scheiden zu versehen oder sonst gut zu verwahren.

2. Holzfällen einschließlich Baumroden und Aufarbeiten.

4. Wenn bei Fällungen mehrere Arbeiterotten beschäftigt sind, so ist darauf zu achten, daß diese stets in einer Entfernung von einander arbeiten, die mindestens der Länge der zu fallenden Baumstämme, in abschüssigem Gelände aber mindestens der doppelten Baumlänge entspricht. In Berghängen sind die einzelnen Arbeiterotten nicht übereinander, sondern nebeneinander anzulegen. Sollen Bäume gerodet, d. h. ohne Trennung vom Wurzelstock zu Fall gebracht werden, so dürfen, wenn hierbei ein Zugseil oder eine Baumrodemaschine Verwendung findet, die der Fallrichtung entgegengesetzten Wurzeln nicht früher durchgehauen werden, als bis das Zugseil am Baume befestigt oder die Baumrodemaschine angelegt worden ist. Angesägte oder stark angerodete Bäume dürfen während der Essenspause oder über Nacht nicht stehenbleiben.
5. Gleichzeitiges Anroden von mehreren Stämmen durch eine Arbeiterotte ist verboten. Trennen sich größere Arbeiterotten bei der Fällungsarbeit, so gelten die unter Punkt 4 gegebenen Vorschriften.
6. Im Fallbereich eines Baumes, an dessen Fällung gearbeitet wird, ist nur den dabei beschäftigten und aufsichtsführenden Personen der Aufenthalt gestattet. Der Niederlegung des Stammes muß ein Warnungsruf vorausgehen.
7. Die mit der Fällung beschäftigten Arbeiter und das Aufsichtspersonal haben sich, sobald der Stamm zu fallen beginnt, in schräger Richtung seitwärts und nach hinten mindestens zehn Schritte weit zu entfernen. Sie dürfen sich nicht hinter oder neben dem Stamm aufstellen, damit sie nicht durch ihn getroffen werden, wenn er etwa über den Stock nach hinten rutscht, zur Seite schnellst oder rollt.
8. Innerhalb des Fallbereichs führende Wege und etwaige Rück- oder Schleppbahnen sind bis zur Beendigung des Fällens abzusperren oder durch Wachen zu sichern. Ebenso sind bei Fällungen und beim Rücken von Holz an steilen Hängen die unterhalb vorbeiführenden Wege zu sperren.
9. Bei Glatteis, starkem Frost und Nebel ist mit besonderer Vorsicht zu fällen. Bei Sturm und in der Dämmerung hat jede Fällung zu unterbleiben. Bei Nebel und bei Glatteis ist das Rücken von Holz an Berghängen verboten.
10. Das Besteigen von Bäumen mittels Steigeisens ist nur unter gleichzeitiger Anwendung eines Sicherheitsseiles oder Sicherheitsgurtes gestattet. Bei Glatteis ist das Besteigen verboten.
11. Bei abschüssigem Gelände sind die Bäume der Regel nach in der Richtung bergauf zu fällen. Ausnahmen sind nur auf Anordnung desjenigen, der die Aufsicht führt, zulässig.
12. Stämme, die nicht gerodet werden sollen, dürfen nur auf der Fallseite bis höchstens ein Drittel der Stammstärke mit der Art angehauen werden und sind im übrigen mit der Säge zu fällen. Sie ringsum mit der Art einzukerbten, ist nur auf Anweisung desjenigen, der die Aufsicht

führt, statthaft. Die Fallrichtung ist durch Anwendung von Keilen (s. Nr. 16) oder durch Verwendung eines Zugseiles möglichst zu sichern.

13. Beim Zersägen gefällter Stämme sind hohlliegende Teile entsprechend zu stützen oder zu befestigen. Das Hinabrollen von Stämmen und Klößen ist solange zu unterlassen, bis festgestellt ist, daß sich weder Menschen noch Tiere innerhalb des Rollbereichs befinden. Herankommende sind durch Zuruf zu warnen. Stöcke von gerodeten Bäumen und von Windwürfen sind mit Steifen zu versehen, ehe die Abtrennung des Stammes erfolgt.
14. Wenn beim Fällen oder Roden ein Stamm an einem anderen hängen bleibt, so ist er mittels Seiles oder Maschine vorsichtig zu Fall zu bringen oder es ist zu versuchen, ihn mittels des Wendehakens so weit zu drehen, bis er sich von dem Anhängen löst.
15. Bei Verwendung von Baum- oder Stockrodemaschinen, Baumwinden und dgl. ist besonders darauf zu achten, daß sich die bei ihrer Anwendung gebrauchten Ketten-, Draht- oder sonstigen Seile in durchaus fehlerfreiem Zustande befinden und stark genug sind, um nicht infolge zu starker Anspannung zu zerreißen und beim Zurückschnellen die Arbeiter zu gefährden. Ebenso ist bei solchen Baumrodemaschinen, die mit Drückstangen versehen sind, auf guten Zustand und ausreichende Festigkeit der letzteren zu achten.
16. Wenn bei starkem Froste die Fällung von Stämmen oder das Aufspalten von Schichtholz unter Verwendung von Keilen stattfindet, so sind diese zur Verhütung ihres Auspringens an den Seitenflächen mit Asche oder Sand zu bestreuen.
17. Das Sprengen von Stockholz mit Sprengmitteln darf nur mit Genehmigung der Behörde und unter Beachtung der für das Sprengen gegebenen besonderen behördlichen Vorschriften durch zuverlässige, im Sprengen erfahrene Personen erfolgen, die im Besitze eines Sprengstoffverlaubnisses eines sind.
Zum Sprengen von ausgerodeten Stöcken sind, insoweit nicht Sprengschrauben angewendet werden, nur Sprengpatronen zu verwenden. Loses Pulver darf nur bei abwärts gehenden Bohrlöchern und nur dann verwendet werden, wenn die Sprengarbeit von einem Schießmeister geleitet wird. Verboten ist die Anwendung reinen Sprengöls, von Schießbaumwolle, sowie von verdorbenen und gefrorenen Sprengmitteln. Gefrorene Sprengmittel dürfen nicht auf den Ofen oder Herdplatten aufgetaut werden; hierzu dürfen nur trockene Behälter verwendet werden, die von außen durch lauwarmes Wasser angewärmt werden.
Das Aufbewahren von Sprengmitteln an oder in der Nähe der Arbeitsstätte in größerer Menge als der Tagesbedarf beträgt, ist verboten. Bei Nebel und nach Eintritt der Dämmerung darf überhaupt nicht gesprengt werden.
Die Sprengpatronen dürfen erst unmittelbar vor ihrer Verwendung mit Zündschnur oder Zündpatrone versehen werden. Die Zündkapsel

(Zündhütchen) ist mit einer besonderen Zange auf die Zündschnur aufzuklemmen.

Die Zündung muß so vorbereitet sein, daß sich die Holzhauer vor dem Losgehen des Schusses genügend weit oder in eine gedeckte Stellung begeben können.

In der Nähe arbeitende Holzhauer sind vor dem Anzünden durch Warnungssignale von dem Abgeben von Sprengschüssen zu benachrichtigen. Versagt ein Schuß, so darf die geschützte Stellung frühestens 30 Minuten nach dem Anzünden verlassen werden.

Demnächst darf die Sprengladung nicht ausgebohrt, sondern sie muß durch einen daneben zu setzenden neuen Schuß beseitigt werden.

18. Vor dem Schälen und Schnitzen von Stämmen und Älgen an steilen Hängen sind Pfähle fest einzuschlagen, die das Abrollen oder Abrutschen verhindern. Der Arbeiter hat seinen Stand oberhalb der zu bearbeitenden Hölzer einzunehmen.
19. Die aufbereiteten Lang- und Kollhölzer müssen so fest gelagert sein, daß ein Abrutschen, Abrollen, Auseinanderfallen oder Federn nicht eintreten kann.
20. Werden beim Rücken von Stammholz an Abhängen Zugtiere benutzt, so soll, wenn nicht besondere Verhältnisse eine Abweichung bedingen, das (dicke) Stockende des Stammes nach unten gerichtet sein. Außerdem muß durch Anbinden von Schleifbündeln dafür gesorgt werden, daß der Stamm nicht in ein zu rasches Gleiten kommt. Bei sehr steilen Hängen ist am hinteren Stammende ein Hemmseil zu befestigen, mittels dessen der Stamm allmählich abgelassen werden kann.

3. Auf- und Abladen sowie Befördern von Holz.

21. Stämme, Stangen, Scheitholz, Prügel (Knüppel), Reifig und Rinden, die auf Wagen oder Schlitten verladen werden, müssen durch genügend starke und nicht mit schadhafte Stellen behaftete Ketten oder Seile festgeschlungen oder auf andere Weise gegen das Rollen, Rutschen oder Herabfallen gesichert werden.
22. Steht das Fuhrwerk (Schlitten), auf dem Holz verladen werden soll, auf geneigtem Gelände, so ist es, ehe mit dem Aufladen begonnen wird, derart festzustellen, daß es weder bergab noch seitwärts rutschen kann. Die Brems-, Sperr- oder Hemmvorrichtung, die jedes in solchem Gelände verwendete Fuhrwerk (Schlitten) besitzen muß, ist außerdem wirksam zu machen; die Zugtiere sind bis zu Beginn der Abfahrt abzusträngen oder noch besser abseits vom Fuhrwerk irgendwo anzubinden.
23. Der Führer eines Fuhrwerks (Schlittens), das mit Langholz beladen ist, darf sich auf das Fuhrwerk (Schlitten) nicht stellen oder setzen, sobald dieses sich in Bewegung befindet; er muß vielmehr nebenhergehen.
24. Werden Stämme von über 9 m Länge auf einem Fuhrwerk oder Schlitten befördert, so muß außer dem Führer noch mindestens ein Be-

gleiter als Sterzer vorhanden sein, der die Ladung beobachtet, das Hinterteil des Fuhrwerks (Schlittens) steuert und ebenfalls auf dem Fuhrwerk (Schlitten) weder sitzen noch stehen darf.

25. Soll ein in Bewegung befindliches Fuhrwerk (Schlitten) irgendwie durch Kette oder Eisenring noch stärker gehemmt werden, so ist es vorher zum Stehen zu bringen.
26. Vorschriften über Gleisbahnen siehe Teil II, 40.
27. Bremsknüppel dürfen nur bei einem Gefälle benutzt werden, welches nicht mehr als 1 m auf 25 m beträgt. Bei Waldgleisbahnen sind die Wagen während des Beladens und während des Entladens festzustellen. Das Auf- und Absteigen von Gleisbahnwagen oder das Übersteigen von einem Gleisbahnwagen zum andern während der Fahrt ist verboten.
28. Auf die vorstehenden Unfallverhütungsvorschriften finden die Vorschriften der Ziffern 45—48 und Ziffern 50—53 des Ersten Teils betr. landwirtschaftliche Maschinen entsprechend Anwendung.

Vierter Teil.

Unfallverhütungsvorschriften für land- und forstwirtschaftliche Teil- und Nebenbetriebe.

A. Allgemeine Vorschriften

für alle bei der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versicherten Nebenbetriebe.

1. Die im ersten bis dritten Teil enthaltenen Unfallverhütungsvorschriften gelten auch für die Nebenbetriebe. Diese Vorschriften werden noch durch die nachstehenden Bestimmungen ergänzt.
2. Für alle Nebenbetriebe gelten für die Unternehmer und für die Versicherten die Unfallverhütungsvorschriften derjenigen Berufsgenossenschaft, welcher diese Betriebe als Hauptbetriebe angehören würden, soweit nicht die Berufsgenossenschaft eigene Vorschriften für die Nebenbetriebe aufgestellt hat.
3. In Nebenbetrieben dürfen geistesranke, schwachmüde, fall süchtige, blinde, taube und betrunkene Personen, sowie Personen unter 16 Jahren, nicht beschäftigt werden.
4. Das Betreten der Kessel-, Maschinen- und Fabrikräume ist unbefugten Personen durch eine deutlich in die Augen fallende, an den Zugängen anzubringende Aufschrift zu verbieten.

5. Die Fabrikräume und sonstigen Arbeitsstellen müssen bei Dunkelheit während der Betriebsarbeiten hell erleuchtet sein.
6. Das Schlafen und Ausruhen über Kalköfen, Ziegelöfen, auf Gerüsten, auf oder bei Geleisen, sowie an Abhängen oder in deren Nähe ist verboten.
7. Wasserräder, Turbinen und Wasserradgruben müssen mit einer Einfriedigung umwehrt sein und zwar auch dann, wenn sie sich in einem verschlossenen Wasserhause befinden. Die Schützen sind dicht zu halten. Bei Zellenrädern sind zur Ableitung des Sickerwassers Vorrichtungen zu treffen, die bei abgestelltem Wasser eine Umdrehung des Rades verhindern.
8. Schmieren, Ausbesserungen, Abreiben oder sonstige Arbeiten an Wasserrädern und Windmühlen, Windmotoren oder an Maschinen, Transmissionen und Vorlegelen, soweit sie an Wasserräder und Windmühlen angeschlossen sind, dürfen nur vorgenommen werden, wenn vorher die Kraftmaschinen so festgelegt sind, daß sie sich nicht selbsttätig in Bewegung setzen können.
9. Beim Abreiben müssen die Zugangs- und Arbeitsstellen am Wasserrade durch Bestreuen mit Asche, Sand oder dgl. so hergerichtet werden, daß die dort beschäftigten Personen sich sicher bewegen, stehen und arbeiten können. Es ist verboten, zum Abreiben sich auf die Schaufeln zu stellen.
10. Bei Windmühlen dürfen Arbeiten am Rutenkreuz oder Windrade nur vorgenommen werden, wenn der Arbeiter angeheilt ist. In jedem Windmühlenbetriebe muß zu diesem Zwecke ein festes, brauchbares Seil vorhanden sein.
11. In Walz- oder Mahlwerke, in Tonschneider, Mischer, Pressen, Elevatoren, Schnecken, Hefeteilmaschinen, Malzquetschen, Futterkuchendreher usw. darf nicht mit den Händen hineingegriffen werden. Soll z. B. Mahlgut nachgeschoben oder sollen störende Gegenstände entfernt werden, so sind dazu besondere Geräte (Haken, Walzenzangen) oder in deren Ermangelung passende Holzstücke zu verwenden, die so dick und lang sind, daß die Hand nicht von den Walzen und dgl. miterfaßt wird, diese Geräte oder Holzstücke müssen an der Maschine angehängt sein.

B. Besondere Vorschriften für Brennerei, Brauerei, Mälzerei, Lagerei, Molkerei, Krautpresserei und Stärkebereitungsbetriebe.

12. In allen Räumen, in denen sich schädliche oder entzündliche Gase oder Dämpfe ansammeln können, müssen wirksame Entlüftungseinrichtungen vorhanden sein. Solche Räume sind an den Zugängen kenntlich zu machen. Die bei Dunkelheit notwendige Beleuchtung hat von außen oder mit Sicherheitslampen zu geschehen. Auch darf in solchen von entzündlichen Gasen erfüllten Räumen niemals ein offenes Feuer gehalten werden.
13. Im Sudhause müssen Pfannen und Bottiche, wenn ihr Rand weniger als 90 cm über den Stand des Bierstegers liegt, ferner Lausstege an

den Pfannen, Maisch- und Läuterbottichen, wenn sie mehr als 40 cm über dem Fußboden liegen, endlich Kühlschiffe, welche, von der oberen Kante gerechnet, mehr als 1 m über dem Fußboden liegen, durch Geländer an den freien Seiten umwehrt sein.

14. Bei Zentrifugen darf die in Umdrehung befindliche Trommel nicht mit der Hand angefaßt werden. Man darf die Trommel nur berühren oder in sie hineinfassen, wenn sie stillsteht und gegen Anlaufen gesichert ist.
15. Arbeiten innerhalb der Dampffässer und Dampfapparate dürfen nicht eher vorgenommen werden, bis der maschinelle Betrieb ausgeschaltet, der Dampf vollständig abgelassen, die Dampfzuleitung sicher abgesperrt und gehörige Abkühlung eingetreten ist.
16. Die Arbeiter dürfen Bottiche oder Pfannen nicht betreten, bevor die Rührwerke, Maisch- und Aufschlußmaschinen festgestellt sind.
17. Beim Abfüllen von Faß zu Faß unter Luftdruck müssen die Faßböden der Lagerfässer, wenn sie nicht mit Spangen versehen sind, gespannt werden.
18. Das Wägen darf nur an trockenen Fässern vorgenommen werden, und zwar mit nicht überhitztem Beck (ca. 250° Celsius). Nachdem das Wägen beendet ist, sind alle Öffnungen fest zu schließen, so daß das Feuer im Faß sicher erstickt wird. Die Spundlöcher dürfen erst nach vollständigem Lüften des Fasses und Erkalten des Beckes ausgebrannt werden. Erlischt beim Wägen mit offener Flamme diese vor dem vollständigen Entweichen des Fasses, so darf das Beck nicht eher angezündet werden, als bis das Faß erkaltet und gelüftet ist.

C. Besondere Vorschriften für Ziegeleien, Gräbereien über Tage, Torfgräbereien, Steinbrüche, Kalkbrennereien, Kalköfen.

19. In Ziegeleien müssen Schlammern, wenn sie mit Rührapparaten betrieben werden und über 1 m tief sind, durch Schutzroste überdeckt und durch Schutzgeländer derartig abgesperrt werden, daß ein Hineinfallen von Personen verhindert wird. Fülltrichter über Walzwerken, Tonschneidern und dergleichen müssen mit Schutzrosten abgedeckt werden, wenn die Öffnung nicht wenigstens 1 m über den Walzen oder Messern liegt und wenn die Öffnung weiter als 30 cm ist.
20. In Steinbrüchen und Gräbereien über Tage muß das auf dem zu gewinnenden Rohmaterial lagernde Erdreich (Werraum) so weit abgetragen werden, daß zwischen dem Grubenrand und der Grenze des Abtraumes stets ein freier Abstand bleibt, der bei einer Höhe des Abtraumes bis zu 2 m wenigstens 0,5 m, bei einer Höhe von 2 bis 6 m wenigstens die Hälfte der Höhe, bei einer größeren Höhe mindestens 3 m betragen muß.
Der Abbau von losem, nachschiebenden oder nachrutschenden Material (z. B. von Kies, Sand, Lehm, Ton) darf nicht steiler als mit einer Böschung von einem

halben rechten Winkel erfolgen. Senkrechte Absätze dürfen 1,5 m Höhe nicht überschreiten; zwischen den einzelnen Absätzen müssen waagerechte Bänke von 1 m Breite stehenbleiben.

Nur bei festem Gestein dürfen die Bruchwände senkrecht anstehen. Bei zerklüftetem Stein ist die oben erwähnte Böschung innezuhalten. Das Unterhöhlen, Unterschrämmen und Unterstechen (siehe Abbildung) der Arbeitsköpfe und Grubenwände ist untersagt.

21. Bei Torfgräbereien darf der Abbau über Wasser nur in Absätzen erfolgen; sie dürfen nicht höher als 1½ m sein und in der Breite nicht weniger wie in der Höhe messen.
22. In Steinbrüchen müssen die Abraum- und Bruchwände von Steinen und sonstigem Material, dessen Absturz droht, gesäubert sein. Eine darauf gerichtete Untersuchung muß täglich vor Beginn der Arbeit, ferner auch sofort nach jeder Sprengung vorgenommen werden. Wenn bei hochgelegenen Arbeitsstellen ein sicherer und genügend großer Stand nicht einzurichten ist, so müssen Notseile verwandt werden.
23. In Gräbereien und Steinbrüchen hat der Betriebsunternehmer, wenn er nicht selbst die Aufsicht führt, sobald mindestens 2 Personen darin beschäftigt werden, einen hierzu geeigneten Arbeiter mit der Aufsicht zu betrauen oder einen besonderen Aufseher zu bestellen.
24. Bremsbahnen (Bremsberge) dürfen während der Fahrt nicht betreten werden. Das Mitfahren in den Transportgefäßen ist verboten. Die Bremsbahnen müssen mit einer sicher wirkenden Bremsvorrichtung ausgestattet und derart angelegt sein, daß sie vom Bremsler vollständig zu übersehen sind, und daß zwischen den beiden Enden eine unmittelbare Verständigung möglich ist.
25. In Kalkbrennereien und Kalköfen muß die Gichtbühne überall mindestens 1 m breit, mit festem Bodenbelag ohne Öffnung und mit einer Schutzwehr von mindestens 1 m Höhe eingefriedigt sein. Eine Schutzwehr (Mauer oder Geländer) muß auch den äußeren Ofenrand umgeben.

D. Besondere Vorschriften für Mahl- und Säemühlen.

26. Die Läufersteine für Mahlgänge und Spitzgänge, welche mit der Bodenfläche arbeiten, sind durch starke eiserne Reifen zu binden.
27. Die Hebedaumen der Stampfen sind bis zu 1,80 m über dem Fußboden oder über einer erhöhten Arbeitsstelle zu umwehren. Es müssen Vorrichtungen vorhanden sein, die ein sicheres Hochstellen der Stampfen ermöglichen.
28. Die beim Steinschärfen beschäftigten Personen müssen Schutzbrillen (Schutzmasken) tragen.

E. Besondere Vorschriften für Sägemühlen und Sägewerke.

29. Bei Gattersägen müssen Schwungräder, Kurbeln und Lenkerstangen, die außerhalb des Gestelles liegen, besonders eingefriedigt sein.

30. Liegen die Einrückstelle und die Kurbelwelle in verschiedenen Stockwerken, so ist im unteren Stockwerk (und zwar am einfachsten durch Einstecken eines Bolzens) eine Einrichtung anzubringen, durch welche das Einrücken im oberen Stockwerk verhindert wird. Bei solchen Verhältnissen ist von demjenigen, der vor dem Ingangsetzen der Gattersäge an ihr im unteren Stockwerke zu tun hat, vorher diese Einrichtung zum Verhindern des Einrückens in Wirksamkeit zu setzen.
 31. Die Fußbodenöffnungen, durch welche die Lenkerstangen sich bewegen, sind mit Schutzkästen oder mit Fußleisten und Geländer zu umwehren.
 32. Beim Auswechseln von Sägen in Vertikalgattern ist der Gatterrahmen in seiner höchsten Stelle mittels einer Kette am Gattergestell anzuhängen, so daß er sich nicht abwärts bewegen kann. Das Abstützen des Gatterrahmens mittels hölzerner Stützen ist verboten. Hochgestellte Druckwalzen sind gegen Herabfallen zu sichern.
 33. Bei Horizontalgattern müssen Kurbel und Schwungrad eingefriedigt werden. Am äußeren Ende der Rahmenseitführung muß eine Schutzvorrichtung gegen das Herausfliegen des Gatterrahmens bzw. Schlittens angebracht sein. An dieser Stelle ist auch die Bahn des Gatterrahmens in geeigneter Weise einzufriedigen.
 34. Auf vorstehende Unfallverhütungsvorschriften finden die Vorschriften der Ziffern 45—48 und Ziffern 50—53 des Ersten Teils betr. landwirtschaftliche Maschinen entsprechend Anwendung.
- Beschlossen in der Genossenschaftsversammlung zu Kiel am 6. Dezember 1924.

Der Vorstand

der Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

Für denselben:

Der Landeshauptmann.

Die vorstehenden Unfallverhütungsvorschriften, gültig vom 1. Juli 1925 ab, sind durch Beschluß vom 1. April 1925 genehmigt worden.

Berlin, den 7. April 1925.

Das Reichsversicherungsamt.
Abteilung für Unfallversicherung.

In Vertretung:

(L. S.)

1
I U 105.

gez. Dr. Fischer.

Anhang.

A. Ratschläge über die Aufbewahrung und Verwendung giftiger und gefährlicher Weizmittel, Lösungen und Düngemittel.

Über die Aufbewahrung und Verwendung giftiger und gefährlicher Weizmittel und Lösungen gilt folgendes:

1. Formaldehyd als Weizmittel gegen Getreidebrand usw. kommt in 40 vollprozentiger, wässriger Lösung in den Handel. Es verdunstet aus dem Lösungsmittel schon bei gewöhnlicher Temperatur, sehr stark aber beim Erwärmen, wirkt reizend auf die Schleimhäute und Atemungsorgane, ist bei längerer und konzentrierter Einwirkung schädlich, unter Umständen lebensgefährlich. Formalinlösung genossen, wirkt giftig. Vorratsflaschen sind in Schutzhüllen und gut verkorkt zu halten. Aufbewahrung in kühlem nicht bewohnten Raume. Arbeiten mit Formaldehyd sind in luftigen Räumen vorzunehmen, Vorratsflaschen nach Entnahme sofort wieder zu verkorken, die entnommene Menge ist unmittelbar zu verdünnen, aber niemals mit warmem Wasser. Beim Zerbrechen von Vorratsflaschen oder Verschütten konzentrierter Lösung ist sofort reichlich kaltes Wasser auszuschütten, der Raum zu lüften und bis zum Abdunsten des Formaldehyds zu verlassen.
2. Sublimat als Weizmittel für Getreide gegen Fusarium. Kommt in Pastillenform in den Handel. Quecksilberchlorid ist ein außerordentlich starkes Gift, das nur gegen Giftscheln käuflich ist und dessen Aussteller und Inhaber für alle Folgen verantwortlich bleiben. Herstellung der Lösung darf nur durch völlig damit vertraute, voll verantwortliche Personen und Beizung unter deren steter Aufsicht erfolgen. Es ist größte Vorsicht zu beobachten und nichts von dieser Lösung in den Mund zu nehmen, sowie nicht zu essen während der Arbeit mit Sublimatbeize. Vor dem Essen sind die Hände gründlich mit Seife zu waschen und abzuspülen. Das mit Sublimat gebeizte Getreide ist vergiftet und zur Kennzeichnung mit grüner Anilinfarbe zu besprühen (nicht rot, wegen der Cofinfärbung der Futtergerste). Die überbleibende Beizflüssigkeit ist dem Gewicht nach mit doppelt soviel Ammoniakflüssigkeit (Salmiakgeist) zu versehen, als Sublimat darin enthalten ist, und gut umzurühren, bevor sie weggeschüttet werden darf.

3. Strichnin-Weizen oder Hafer, Phosphorlatwerge- oder Phosphorpillen, Barytkuchen zur Mäusevergiftung sind, auch von Menschen genossen, tödlich wirkende Gifte und dementsprechend aufzubewahren und bei ihrer Anwendung zu überwachen. Essen während der Handhabung mit diesen Stoffen ist zu verbieten. Vor dem Essen sind die Hände mit Seife zu waschen und gut abzuspülen. Die Phosphorpräparate können sich bei stärkerer Erwärmung entzünden und gefährliche Brandwunden erzeugen.
4. Schwefelkohlenstoff zur Vertilgung von Hamstern, wilden Kaninchen, Mäusen, Engerlingen und Rebläusen verwendet, ist eine sehr leicht verdunstende Flüssigkeit. Sie ist kühl, gut verkorkt und sicher vor jeder Berührung mit Licht und Feuer aufzubewahren. Der Schwefelkohlenstoff selbst und die Dämpfe (Dunst) explodieren bei Berührung mit Feuer — auch brennender Zigarre oder Pfeife — mit großer Heftigkeit. Die Schwefelkohlenstoffdämpfe, die man am Geruch nach faulem Rettich erkennt, sind eingeatmet giftig, in größerer Menge tödlich wirkend. Wo sich Schwefelkohlenstoffdämpfe entwickelt oder angesammelt haben, ist jedes Feuer weit und sorgsam fernzuhalten und der Raum reichlich zu lüften.
5. Schwefelsäure zur Konservierung der Sauche. Die Schwefelsäure ist eine scharfe, ätzende Flüssigkeit, welche in konzentriertem Zustande auf die Haut gebracht, tiefe, gefährliche Wunden verursacht. Die Schwefelsäureflaschen sind stets in Schutzhüllen aufzubewahren und zu transportieren, sowie zu verkorken und unter Verschluss zu halten. Zur Sauchekonservierung ist die Schwefelsäure in geringen Mengen, nicht im starken Strome unter Umrühren der Sauche in die Sauchegrube zu schütten. Dabei vermeide man, die aus der Grube aufsteigenden Gase in größerer Menge einzuatmen, sie sind betäubend und giftig. Will man die Schwefelsäure verdünnen, so ist stets die Säure in geringer Menge nicht auf einmal unter Umrühren in das Wasser zu schütten, ja nicht umgekehrt! Ist ein Schwefelsäureballon zerbrochen, so ist die Säure zunächst durch Überschütten mit Sand, Asche oder Sägespänen aufzusaugen und zu beseitigen, darauf erst mit Wasser nachzuspülen.
6. Beim Streuen von Kalstickstoff bedarf es besonderer Vorsicht, weil er ätzend wirkt. Man führe schützende reine Watte in Nase und Ohren ein, schütze die Augen mit einer Autobrille, verbinde den Mund mit einem Tuch und verpacke alle bloßen Hautstellen mit Tüchern. Das Einreiben der bloßen Haut mit Fett ist zu empfehlen. Muß man ihn mit der Hand austreuen, so muß man dies bei ruhigem, trockenem Wetter tun, man muß sich vor Naßwerden in dem mit Kalstickstoff beschmutzten Anzuge hüten. Auch darf Kalstickstoff nicht in hohem, nassem, feuchtem Pflanzenbestand (Tau) ausgestreut werden, weil die Gefahr groß ist, daß infolge

der Masse die unteren Teile der Beine mit Kalkstickstoff geätzt werden, was schwere Krankheitsercheinungen, ja den Tod nach sich ziehen kann.

B. Belehrungen über das Verfahren bei Notschlachtungen.

1. Muß ein Tier, abgesehen von Unglücksfällen, wegen einer schweren inneren Erkrankung plötzlich abgestochen werden, bevor es gelingt, einen Tierarzt oder Fleischbeschauer zuzuziehen, so hat besonders wegen der Gefahr der Milzbrandansteckung das Abstechen tunlichst außerhalb des Stalles und nur durch solche Personen zu geschehen, die keine Verletzungen oder Wunden an den Händen und Armen haben.
2. Die weitere Ausschächtung ist bis zur Hinzuziehung des Tierarztes oder Fleischbeschauers auf Öffnung der Bauchhöhle und Herausziehen des Magen- und Darmkanals zu beschränken, wobei die beteiligten Personen ängstlich darauf bedacht sein müssen, sich keine Verletzungen an den mit dem Schlachtstück in Berührung kommenden Körperstellen zuzuziehen.
3. Die bei der Schlachtung beteiligten Personen haben ungesäumt die mit Blut beschmutzten Körperteile, Kleidungsstücke und das Schuhwerk zu reinigen und mit desinfizierenden Lösungen (verdünntes Kreosolwasser, Karbolsäurelösung) abzuwaschen.

C. Verhalten bei Augenverletzungen und Distelstichen.

Bei allen Augenverletzungen ist in erster Linie vor jedem Reiben und Drücken des Auges zu warnen, weil dadurch ein Fremdkörper, der vielleicht durch Tränenabsonderung an eine ungefährliche Stelle gespült wäre, in die Hornhaut eingedrückt wird. Das Auge soll sofort geschlossen werden. Öfteres Öffnen und Schließen des Auges schafft unter Mithilfe der Tränen den Fremdkörper unter das untere Augenlid, wo er leicht herausgewischt werden kann. Hört der Schmerzhafte Druck oder die Bitchische nicht alsbald auf, so ist unbedingt ärztliche Hilfe nötig, die sehr einfach sein kann.

Bei Distelstichen soll das Herausziehen des Stachels nur erfolgen, wenn der Stachel bequem gefaßt werden kann. Sonst muß sofort das Herausziehen durch den Arzt geschehen. Eigenes Herumstochern mit Nadeln und dgl. ist sehr gefährlich, da hierdurch Unreinlichkeiten in die Wunde gebracht werden. Dagegen soll das Fingerglied sofort seitlich gedrückt und gequetscht werden, damit Blutstropfen aus der kleinen Wunde kommen, wobei häufig auch der Stachel herauskommt.

D. Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen im elektrischen Betriebe.

Aufgestellt unter Mitwirkung des Reichs-Gesundheitsrates.

I. Ist der Verunglückte noch in Verbindung mit der elektrischen Leitung, so ist zunächst erforderlich, ihn der Einwirkung des elektrischen Stromes zu entziehen. Dabei ist folgendes zu beachten:

1. Die Leitung ist, wenn möglich, sofort spannungslos zu machen durch Benutzung des nächsten Schalters, Lösung der Sicherung für den be-

treffenden Leitungsstrang oder Zerreißung der Leitungen mittels eines trockenen nicht metallischen Gegenstandes, z. B. eines Stückes Holz, eines Stockes oder eines Seiles, das über den Leitungsdraht geworfen wird.

2. Man stelle sich dabei selbst zur Fernhaltung oder Abschwächung der Stromwirkung (Isolierung) auf ein trockenes Holzbrett, auf trockene Tücher, Kleidungsstücke oder auf ähnliche, nicht metallische Unterlage, oder man ziehe Gummischuhe an.
3. Der Hilfeleistende soll seine Hände durch Gummihandschuhe, trockene Tücher, Kleidungsstücke oder ähnliche Umhüllungen isolieren; er vermeide bei den Rettungsarbeiten jede Berührung seines Körpers mit Metallteilen der Umgebung.
4. Man luche den Verunglückten von dem Boden aufzuheben und von der Leitung zu entfernen. Er ist dabei an den Kleidern zu fassen; das Berühren unbekleideter Körperteile ist möglichst zu vermeiden. Umfaßt der Verunglückte die Leitung vollständig, so hat der Hilfeleistende mit seiner durch Gummihandschuhe usw. isolierten Hand Finger für Finger des Betäubten zu lösen. Bisweilen genügt schon das Aufheben des Getroffenen von der Erde, da hierdurch der Stromweg unterbrochen wird.

Das Gebiet elektrischer Betriebe, in dem das Eingreifen eines Laien nach den vorbezeichneten Leitfäden Erfolg verspricht, ohne ihn selbst zu gefährden, beschränkt sich auf solche Anlagen, welche mit Spannungen betrieben werden, die 500 Volt nicht wesentlich übersteigen. Der Betrieb der Straßenbahn hält sich in der Regel innerhalb dieser Grenzen. Bei Unfällen, welche an Leitungen mit höherer Spannung erfolgt sind, ist schleunigst für Benachrichtigung der nächsten Stelle der Betriebsleitung und für Herbeiholung eines Arztes zu sorgen. Leitungen und Apparate mit höherer Spannung pflegen mit einem roten Blitzpfeil gekennzeichnet zu sein.

II. Ist der Verunglückte bewußtlos, so ist sofort zum Arzt zu schicken und bis zu dessen Eintreffen folgendermaßen zu verfahren:

1. Für gute Lüftung des Raumes, in welchem der Verunglückte sich befindet, ist zu sorgen.
2. Alle den Körper beengenden Kleidungs- und Wäschestücke (Kragen, Hemden, Gürtel, Beinkleider, Unterzeug usw.) sind zu öffnen. Man lege den Getroffenen auf den Rücken und bringe ein Kissen aus zusammengelegten Decken oder Kleidungsstücke unter die Schultern und den Kopf derart, daß der Kopf ein wenig niedriger liegt.
3. Ist die Atmung regelmäßig, so ist der Verunglückte genau zu überwachen und nicht allein zu lassen. Bevor das Bewußtsein zurückgekehrt ist, söße man ihm Flüssigkeiten nicht ein.

4. Fehlt die Atmung oder ist sie sehr schwach, so ist künstliche Atmung einzuleiten. Bevor damit begonnen wird, hat man sich davon zu überzeugen, ob sich im Munde etwa Fremdkörper, z. B. Kautabak oder ein künstliches Gebiß, befinden. Ist dies der Fall, so sind zunächst diese Gegenstände zu entfernen. Die künstliche Atmung ist alsdann in folgender Weise vorzunehmen:

Man knie hinter dem Kopfe des Verunglückten nieder, das Gesicht ihm zugewandt, fasse beide Arme an den Ellbogen und ziehe sie seitlich über seinen Kopf hinweg, so daß sich dort die Hände berühren. In dieser Lage sind die Arme 2 bis 3 Sekunden lang festzuhalten. Dann bewege man sie abwärts, beuge sie und presse die Ellbogen mit dem eigenen Körpergewicht gegen die Brustseiten des Verunglückten. Nach 2 bis 3 Sekunden strecke man die Arme wieder über dem Kopfe des Verunglückten aus und wiederhole das Ausstrecken und Anpressen der Arme möglichst regelmäßig, etwa 15mal in der Minute. Um Übereilung zu vermeiden, führe man die Bewegungen langsam aus und zähle während der Zwischenpausen laut: 101! 102! 103! 104!

5. Ist noch ein Helfer zur Hand, so fasse er während dieser Siantierung die Zunge des Verunglückten mit einem Taschentuch, ziehe sie kräftig heraus und halte sie fest. Wenn der Mund nicht leicht aufgeht, öffne man ihn gewaltsam mit einem Stück Holz, dem Griff eines Taschenmessers oder dergleichen.
6. Sind mehrere Helfer zur Hand, so sind die vorstehend unter II. 4. beschriebenen Siantierungen von zweien auszuführen, indem jeder einen Arm ergreift und beide, in den Zwischenpausen 101! 102! 103! 104! zählend, gleichzeitig jene Bewegung vornehmen.
7. Die künstliche Atmung ist solange fortzusetzen, bis die regelmäßige, natürliche Atmung wieder eingetreten ist. Aber auch dann muß der Verunglückte noch längere Zeit überwacht und beobachtet werden. Bleibt die natürliche Atmung aus, so muß man die künstliche Atmung bis zum Eintreffen des Arztes, mindestens aber 2 Stunden lang fortsetzen, bevor man mit solchen Wiederbelebungsversuchen aufhört.
8. Beim Vorhandensein von Verletzungen, z. B. Knochenbrüchen, ist diesem Zustand durch besondere Vorsicht bei der Behandlung des Verunglückten Rechnung zu tragen.
9. Die Unterschenkel und Füße können von Zeit zu Zeit mit einem rauhen, warmen Tuche oder einer Bürste gerieben werden.
10. Auch nach der Rückkehr des Bewußtseins ist der Verunglückte in liegender oder halbliegender Stellung unter Aufsicht zu belassen und von stärkeren Bewegungen abzuhalten.

III. Liegt eine Verbrennung des Verunglückten vor, so ist, falls ärztliche Hilfe nicht zur Stelle ist, folgendes zu beachten:

1. Bevor der Hilseleistende die Brandwunden berührt, wasche und bürste er sich auf das sorgfältigste beide Hände und Unterarme mit warmem

Wasser und Seife ab; auch empfiehlt es sich, sie mit einem reinen Tuche, das mit Spiritus getränkt ist, abzureiben (das Abtrocknen hinterher ist zu unterlassen!).

2. Gerötete und geschwollene Stellen werden zweckmäßig mit Borhalbe auf Verbandwatte oder mit einer Wismut-Brandbinde bedeckt und sodann mit einer weichen Binde lose umwickelt.

Blasen sind nicht abzureißen, sondern mit einer gut (über Spiritusflamme) ausgeglühten Nadel anzustechen und mit einer Wismut-Brandbinde, darüber mit Verbandwatte und loser Binde zu bedecken. Bei Verkohlungen und Schorfbildungen sind die Wunden mit Verbandmull in mehreren Lagen zu bedecken; darüber ist Watte anzubringen und das Ganze mittels Binde zu befestigen.

Erster Nachtrag.

Vorschriften für die erste Hilfe.

A. Verpflichtungen der Betriebsunternehmer für die erste Hilfe bei Unfällen.

1. Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet, bei Betriebsunfällen Versicherte
a) dafür zu sorgen, daß den Verletzten die notwendige erste Hilfe zuteil wird und dahin zu wirken, daß bei allen nicht ganz leichten Unfällen unverzüglich Behandlung durch einen Arzt (nicht einen sogenannten Heilkundigen) stattfindet,
b) das für Zuziehung des Arztes und Überführung des Verletzten in ein Krankenhaus notwendige Fuhrwerk entweder selbst zu stellen oder zu beschaffen. Bei schweren Unfällen ist das nächste Krankenauto telephonisch zu bestellen. Die Kosten fremden Fuhrwerks können von der Berufsgenossenschaft in angemessener Höhe ersetzt werden. Die Auslagen für die Benutzung eines Krankenautos ersetzt die Berufsgenossenschaft in voller Höhe,
c) darauf zu achten, daß der Verletzte die Arbeit unterbricht, solange eine offene Wunde nicht wenigstens durch einen Notverband geschlossen ist.
2. Die Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, in denen außer dem Unternehmer selbst und zwei Familienangehörigen regelmäßig fünf oder mehr Versicherte voll beschäftigt werden, sind verpflichtet,
a) mindestens eine vom Genossenschaftsvorstand zur Verfügung gestellte Anleitung, auf der die erste Hilfe bei Unfällen allgemein verständlich beschrieben und durch entsprechende Abbildungen erläutert ist, an geeigneter Stelle im Betriebe auszuhängen,
b) auf ihre Kosten nach näherer Vorschrift des Genossenschaftsvorstandes einen der Größe des Betriebes entsprechenden Vorrat von Verbandzeug vorrätig zu halten und gegen Verunreinigung geschützt an einem leicht zugänglichen Ort aufzubewahren. Der Verbandkasten oder Verbandschrank muß eine Anleitung zur ersten Hilfe bei Unfällen (vgl. Nr. 1) enthalten,
c) dafür zu sorgen, daß auch außerhalb des Hofes bei jeder Beschäftigung an tierisch oder motorisch angetriebenen Arbeitsmaschinen

(z. B. Motorpflug, Dresch-, Mäh- und ähnlichen Maschinen) das notwendige Verbandzeug leicht erreichbar ist. Es empfiehlt sich auch sonst, Versicherten, die an Stellen arbeiten, die von der Betriebsstätte weiter entfernt sind, Verbandpäckchen mitzugeben.

3. Die Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, in denen regelmäßig 20 oder mehr Versicherte voll beschäftigt werden, sind außerdem verpflichtet,
a) eine dem Umfang und der Art des Betriebes entsprechende Anzahl für die erste Hilfeleistung sachgemäß vorgebildeter Helfer im Betriebe zu halten und Versicherten die Teilnahme an Ausbildungskursen tunlichst zu erleichtern,
b) wo die Betriebsverhältnisse es erfordern oder auf Anordnung des Genossenschaftsvorstandes Rettungsgeräte (Tragbahnen, Verbandstschienen usw.) bereitzuhalten.
4. Der Genossenschaftsvorstand kann den Unternehmer auf Antrag von den ihm durch die Ziffern 2 und 3 auferlegten Verpflichtungen ganz oder teilweise befreien, falls sonst in der Nähe der Betriebsstätte Einrichtungen für die erste Hilfe vorhanden und jederzeit schnell und leicht erreichbar sind.
Der Antrag kann auch durch die Ortsbehörde gestellt werden; dabei sind die Unternehmer, deren Befreiung beantragt wird, einzeln aufzuführen.

B. Verpflichtungen der Versicherten für ihr Verhalten bei Unfällen.

5. Die Versicherten haben jede Verletzung im Betriebe dem Betriebsunternehmer oder seinem Vertreter zu melden oder melden zu lassen, sobald sie hierzu imstande sind.
6. Die Versicherten sind verpflichtet, bei Betriebsunfällen nicht ganz leichter Art sich sofort von der nächst erreichbaren geeigneten Stelle (Arzt, Betriebshelfer, Unfallstation, Krankenpflegestation usw.) erste Hilfe leisten zu lassen. Sie sind ferner verpflichtet, den Anordnungen der die erste Hilfe leistenden Stelle Folge zu leisten, insbesondere die Anordnung, einen Arzt aufzusuchen oder sich in ein Krankenhaus aufnehmen zu lassen, zu befolgen. Wenn die Genossenschaft allgemein angeordnet hat, daß Verletzte bei bestimmten Verletzungsarten durch bestimmte Ärzte oder Krankenhäuser behandelt werden sollen, so sind die Versicherten verpflichtet, diesen Anordnungen nachzukommen, wenn sie durch den Betriebsunternehmer, den Ersthelfer, den behandelnden Arzt oder die Krankenkasse darauf hingewiesen werden.
7. Die Versicherten haben die Arbeit zu unterbrechen, so lange die Verletzung nicht wenigstens durch einen Notverband sachgemäß geschützt ist.

C. Strafvorschriften.

8. Genossenschaftsmitglieder oder nach §§ 1045, 913 der Reichsversicherungsordnung mit ihrer Stellvertretung betraute Personen können, wenn sie den Vorschriften der Ziffer 1, 2 und 3 zuwiderhandeln, durch

den Genossenschaftsvorstand mit Ordnungsstrafe in Geld bis zu 10.000,— RM. bestraft werden (§§ 1030, 851, 870, 1045, 913 der Reichsversicherungsordnung).

9. Versicherte, die den Vorschriften der Ziffer 5, 6 und 7 zuwiderhandeln, können durch das Versicherungsamt (Beschlussauschuss) mit Ordnungsstrafe in Geld bis zu 1.000,— RM. bestraft werden. Die Straf gelder fließen, wenn der Bestrafte z. Bt. der Zuwiderhandlung einer Krankenkasse angehört, in diese, sonst aber in die allgemeine Ortskrankenkasse seines Beschäftigungsortes, und, wo eine solche nicht besteht, in die Landkrankenkasse (§§ 1030, 851, 870, 1045, 914 der Reichsversicherungsordnung).

D. Übergangsvorschrift.

10. Die Vorschriften der Ziffer 3 a treten am 1. Januar 1932, die übrigen Vorschriften am 1. August 1930 in Kraft.

Der von der ordentlichen Genossenschaftsversammlung zu Kiel am 8. Januar 1930 beschlossene Erste Nachtrag zu den Unfallverhütungsvorschriften ist vom Beschlusssenat am 14. Juni 1930 in der vorstehenden von dem Senat für erforderlich erachteten Fassung mit der Maßgabe genehmigt worden, daß er, abgesehen von Ziffer 3 a, am 1. August 1930 in Kraft tritt.

Berlin, den 23. Juni 1930.

**Das Reichsversicherungsamt,
Abteilung für Unfallversicherung.**

(L. S.)

(gez.) Schäffer.

3

I U 1914/30.

Zweiter Nachtrag

zu den Unfallverhütungsvorschriften der Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (Reichsunfallversicherung).

Bestimmungen über die Schutzhaller für jugendliche Personen.

I. Es ist verboten, zu beschäftigen:

1. Personen unter 12 Jahren

- a) mit dem Führen von Pferden, Eseln, Mauleseln, Maultieren und Rindvieh zur Tränke und zur Schwemme; es wird empfohlen, zu letzterer Arbeit nur Schwimmkundige zu verwenden;
- b) mit dem Antreiben der Zugtiere am Göpel;

2. Personen unter 14 Jahren

a) mit der Leitung eines Fuhrwerks.

Es ist jedoch zulässig, Personen von mehr als 12 Jahren unter Aufsicht Erwachsener auf dem Felde mit dem langsamen Weiterücken des Fuhrwerks von einer Stelle zur anderen zum Zwecke des Auf- und Abladens und mit dem Führen der Zugtiere an Maschinen und Ackergeräten zu beschäftigen.

Für die Leitung eines Fuhrwerks auf öffentlichen Wegen, für die Führung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrrädern ist das durch die bestehenden gesetzlichen oder polizeilichen Vorschriften vorgeschriebene Mindestalter maßgebend*);

- b) in gewerblichen Nebenbetrieben, soweit die gewerbepolizeilichen Vorschriften nichts anderes bestimmen;
- c) mit Arbeiten auf der Dreschbühne;
- d) mit Arbeiten an Maschinen (zu beachten Nr. 3 a, b, 4 a, b, c, d). Es ist jedoch zulässig, Personen von mehr als 12 Jahren mit dem Antreiben einfacher handbetriebener Geräte, wie Schleifsteine, Butterfässer und dergl., sowie mit dem Anlassen von Elektromotoren zu beschäftigen, wenn durch den Motor nur Arbeitsmaschinen angetrieben werden, die nicht durch Menschen bedient werden.

*) § 2 Abs. 3 Reichsstrafenverkehrsordnung lautet: „Niemand darf vor Vollendung des 16. Lebensjahres Kraftfahrzeuge irgendwelcher Art, vor Vollendung des 18. Lebensjahres führerlichepflichtige Kraftfahrzeuge führen; Ausnahmen kann die Verwaltungsbehörde mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters zulassen.“

3. Personen unter 16 Jahren

- a) mit dem Einlegen an Dresch- und Futterschneidemaschinen jeder Art;
- b) mit dem selbständigen Bedienen von Maschinen ohne sachverständige Aufsicht;
- c) beim Betrieb von Gleisbahnen;

4. Personen unter 18 Jahren

- a) mit der Bedienung und Wartung von Dampfkesseln;
- b) mit der Bedienung und Wartung von Kraftmaschinen;
- c) mit der Bedienung von Kreis-, Band- und Gattersägen und anderen Holzbearbeitungsmaschinen;
- d) mit dem Fällen und Fortbewegen von Baumstämmen, sowie bei Roderungsarbeiten, soweit dazu Baum- oder Stockrodemaschinen, Baumwinden und dergl. benutzt werden;
- e) mit dem Führen von Bullen, die über ein Jahr alt sind;
- f) bei gefährlichen Abbrucharbeiten;
- g) bei Sprengarbeiten als Hilfspersonen (zu beachten Nr. 5).

Lehrlinge dürfen bei den unter 4 a bis 4 e genannten Arbeiten zu ihrer Ausbildung unter Aufsicht beschäftigt werden, wenn sie über 16 Jahre alt sind.

5. Personen unter 21 Jahren

mit der Leitung von Sprengarbeiten.

II. Soweit nach den vorstehenden Vorschriften die Beschäftigung von Personen unter 21 Jahren zugelassen ist, dürfen nur zuverlässige und mit den Arbeiten vertraute Personen beschäftigt werden.

III. Die entgegenstehenden Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften vom 6. Dezember 1924 werden aufgehoben und durch die neuen Bestimmungen unter I und II ersetzt.

R i e I, den 28. Juni 1937.

Der Leiter
der Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft
Reichsunfallversicherung

Kiel, Klopstockstraße 17 · Postsparkonto Hamburg 41497 · Fernsprecher Nr. 2955

Nr. III/5

(Bei jeder Antwort oder Eingabe
vorstehende Nr. angeben!)

Kiel, im September 1937

An alle Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe

Ein Neudruck der Unfallverhütungsvorschriften der Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird Ihnen hiermit überreicht.

In Wort und Schrift habe ich in den letzten Jahren auf die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen. Verstöße gegen die Vorschriften kann ich daher in Zukunft auf keinen Fall mehr dulden.

Ich fordere alle Betriebsunternehmer auf, mich in meinem Kampfe um die Erhaltung der so dringend notwendigen Arbeitskraft aller in der Landwirtschaft Tätigen ernstlich zu unterstützen.

Mit allem Nachdruck weise ich auch darauf hin, daß der Betriebsunternehmer seiner Berufsgenossenschaft — und damit seinem Berufskollegen — für alle Ausgaben haftet, die auf Unfälle zurückzuführen sind, bei denen die Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften die Ursache war.

Die Höhe der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird durch die Zahl und Schwere der vorkommenden Unfälle bestimmt. Unfälle verhüten heißt also, Beiträge sparen.

J. V.:

gez. Dr. Meisterernst